

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908

167 (26.5.1908) Badischer Landtag. Zweite Kammer. 77. öffentliche
Sitzung

Beilage zur Karlsruher Zeitung **N 167.**

Dienstag, 26. Mai 1908.

Badischer Landtag.**==== Zweite Kammer. ====****77. öffentliche Sitzung**

am Samstag den 23. Mai 1908.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

1. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für die Jahre 1908 und 1909, Ausgabe Titel X und Einnahme Titel III (Unterrichtswesen), u. zwar

Ausgaben

Ordentlicher Etat: B. Kreisschulbisittaturen, D. Lehrerbildungsanstalten, E. Blinden- und Taubstummenanstalten, H. Frauenarbeits- und Haushaltungsschulen, J. Volksschulen, K. Für besondere Unterrichtszwecke;

Außerordentlicher Etat: § 17 (für die Bearbeitung der Statistik des Unterrichtswesens), §§ 20 bis 26 (Lehrerbildungsanstalten), § 27 (zur Weiterführung der provisorischen Kurse für Taubstumme in Heidelberg), § 28 (zu Staatsbeihilfen für beherrschte Gemeinden zu Schulhausbauten), und sämtliche Einnahmen des Titels III, sowie über folgende Petitionen

a. des Gemeinderats Gengenbach um Ausbau des in dieser Stadt bestehenden Vorseminars zu einem Volkseminar (Seite 11/16 des Berichts),

b. des Gemeinderats Kaubersbischofsheim um Berücksichtigung bei Errichtung eines weiteren Lehrerseminars (mündlich). — Drucksache Nr. 11 c II — Berichterstatter: Abg. Dr. Obkircher,

und damit in Verbindung

2. Beratung des Berichts der Petitionskommission über die Petitionen

a. einer Anzahl Gemeinden des Landes,

b. einer Anzahl Bürgermeister und Gemeindevertreter von Schwarzwaldburggemeinden um Abänderung einiger Bestimmungen des Elementarunterrichtsgesetzes — Drucksache Nr. 67 — Berichterstatter: Abg. Kohlhurst; sowie des Antrags der Abgg. Dr. Lehner u. Gen. Dazu Drucksache Nr. 67 a.

3. Beratung des Berichts der Budgetkommission über den Antrag der Abgg. Burkhardt u. Gen., die Ueberstunden in der Volksschule betr. — Drucksache Nr. 40 — Drucksache Nr. 40 a — Berichterstatter: Abg. Dr. Obkircher.

4. Beratung des Antrags der Abgg. Kräuter u. Gen., die Schulordnung und die Dienstweisung für die Lehrer an Volksschulen betr. — Drucksache Nr. 43 a —

5. Beratung des Antrags der Abgg. Hrig u. Gen., die Umwandlung der konfessionellen Lehrerseminare in simultane betr. — Drucksache Nr. 43 b — (Fortsetzung.)

Am Regierungstisch: Staatsminister und Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts Wirkl. Geh. Rat Dr. Frhr. von Dusch; Ministerialdirektor Geh. Rat Becherer; Direktor des Oberlehrerseminars Geh. Rat Dr. von Sallwürf; Geh. Oberregierungsrat Schmidt.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung kurz nach 9¹/₄ Uhr vormittags.

Es werden folgende Einläufe angezeigt:

1. Petition der Gastwirte Mayer und Schladerer zum Feldbergerhof, die Führung der Bahnlinie Titisee—St. Blasien betr., übergeben vom Abg. Blümmel;

2. Petition der Gemeinden Lausheim, Blumegg, Ewattingen, Mänchingen, Achdorf und Aefingen um Errichtung einer Güterstelle bei der Station „Im Weiler“, übergeben vom Abg. Wittmann-Donaueschingen.

Ziffer 1 wird an die Budgetkommission, Ziffer 2 an die Kommission für Eisenbahnen und Straßen überwiesen.

3. Schreiben des Präsidiums der Ersten Kammer des Inhalts, daß diese

a. von dem Budget des Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten die früher zurückgestellten Anforderungen unter Titel I §§ 1 und 2 für einen administrativen Hilfsarbeiter und 2 Zentralinspektoren,

b. von dem Budget des Ministeriums der Finanzen die Ausgabebetitel IV bis IX und XIV sowie die Einnahmehetitel I bis VI (Forst- und Domänenverwaltung, Salinenverwaltung, Steuer- und Zollverwaltung, Münzverwaltung, Allgemeine Kassenverwaltung, Verschiedene und zufällige Ausgaben),

c. von dem Budget des Eisenbahnbaues die Anforderungen unter §§ 14, 16, 37, 42, 72, 78, 100 in dem von der Zweiten Kammer erledigten Umfang beraten und — abgesehen von den Anforderungen unter §§ 8 und 10 des außerordentlichen Etats der Forst- und Domänenverwaltung und den gegenüberstehenden Einnahmen, welche einstweilen zurückgestellt wurden — in Uebereinstimmung mit der Zweiten Kammer genehmigt habe.

4. Entwurf eines Gesetzes, die Versicherung gegen Hagelschaden betr., nebst Begründung und Allerhöchstem Kommissorium.

Zur Tagesordnung ergreift das Wort

Staatsminister und Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts Dr. Frhr. v. Dusch: Ich will nicht die in doppeltem Sinne erschöpfende Debatte noch verlängern durch eine ausführliche Rede über allgemeine Fragen, die durchaus genügend erörtert sind. Nur Weniges will ich bemerken zu den Ausführungen der Herren Redner.

Vor allem weise ich darauf hin, daß meinen Äußerungen in einer der letzten Sitzungen über Verstaatlichung der Volksschule nicht mißverstanden werden können. Wenn der Herr Abg. Eichhorn aus meiner damaligen Redewendung entnehmen zu sollen glaubte, daß die Regierung dem Gedanken einer Verstaatlichung der Volksschule jetzt freundlicher gegenüberstehe, so ist das ein Irrtum; wie sich aus der Haltung der Regierung im ganzen ergibt und zur Evidenz hervorgeht aus dem, was wir im letzten Landtage in aller Breite erörtert haben. Wenn der Herr Abg. Eichhorn glaubt, die Sache sei ja höchst einfach, man brauche nur das, was bisher als Gemeindesteuer erhoben sei, nunmehr als Staatssteuer zu erheben, so ist dazu eines zu bemerken: Ich bin überzeugt, daß die Staatssteuer, die dann erhoben würde, ein Vielfaches oder wenigstens ein Doppeltes desjenigen sein würde, was die Gemeinden jetzt erheben. Malen Sie sich nur den Gedanken aus, wie es wäre, wenn der Staat verpflichtet wäre, alle Schulhäuser auf dem Lande zu errichten, welche Forderungen in dieser Richtung entstehen würden, wie es dann heißen würde: Ja, der Staat mit seinem großen Geldbeutel kann die Sache machen! Es wäre also nicht etwa damit gemacht, daß die Gemeindesteuer einfach in Staatssteuer verwandelt würde, sondern es würde sich eine erhebliche Vermehrung der Volksschulausgaben ergeben.

Allein, wenn auch die finanzielle Seite bei der ganzen Angelegenheit nicht unberücksichtigt bleiben kann, so liegt der entscheidende Punkt für die feststehende Ansicht der Regierung in dieser Beziehung durchaus nicht auf finanziellem Gebiete, sondern die Regierung ist noch wie vor entschlossen, die Volksschule als das zu belassen, was sie nach ihrer geschichtlichen Entwicklung ist, als eine Gemeindeanstalt. Wir haben in Baden nichts anderes als in irgend einem anderen deutschen Staate, es ist gemeines Recht in ganz Deutschland, daß die Elementarunterrichtslasten von den Gemeinden getragen werden, allerdings unter Hilfe des Staates, einer Hilfe, die mit der Entwicklung der Verhältnisse sich immer weiter steigert hat.

Die Stellung der Regierung zum neuen Unterrichtsplan ist durch die Ausführungen des Herrn Oberschulratsdirektors und durch meine Ausführungen klargestellt. Wir halten daran fest, daß der Fortschritt, der erstrebt wird, durchgeführt werden muß, allein wir sind ebenso entschlossen, Unbilligkeiten, Härten und Mißstände, die sich ergeben haben durch die vielleicht etwas zu rasche Ausführung des Unterrichtsplanes in einer oder der andern Beziehung, soweit möglich zu mildern. Das schließt nicht aus, daß die Unterrichtsverwaltung mit aller Energie dann einschreitet, wenn etwa im einzelnen Falle sich zeigen sollte, daß es an gutem Willen der oder jener Gemeinde fehlt, mitzuwirken. Derartige Erfahrungen sind aber bis jetzt nur in ganz vereinzelten Fällen gemacht worden.

Was über die Lehrerseminare ausgeführt worden ist, was insbesondere der Herr Abg. Benedey gestern von neuem vorgetragen hat, nämlich daß den Simultanschulen im Sinne unseres Elementarunterrichtsgesetzes nun auch Simultanseminare entsprechen müßten, so ist demgegenüber zu sagen, daß ja in vielen Teilen unseres Landes solche Simultanschulen in dem Sinne, wie der Herr Abg. Benedey es meint, gar nicht bestehen. Wir haben eine sehr große Zahl von Volksschulen, die eben konfessionell ungemischt sind, aus dem gleichen Grunde, aus dem auch, wie ich leztlich ausgeführt habe, einzelne Seminare konfessionell ungemischt sind, aus dem Grunde, weil die ganze Bevölkerung in dem betreffenden Landesteile fast ausschließlich einer Konfession angehört. Die Regierung glaubt, keinen Anlaß zu haben, an diesem

Zustande etwas zu ändern. Für diejenigen Eltern, die ihre Söhne in konfessionell gemischten, simultanen Lehrerseminaren erziehen lassen wollen, stehen eine ganze Reihe von Seminaren, und zwar im Oberlande und im Unterlande, zu Gebote.

Zur Frage der Seminare hat der Herr Abg. Dieterle nochmals einen Fall aufgegriffen, der schon in einer der letzten Sitzungen gestreift wurde, nämlich das Verhalten eines Lehrers in Meersburg, der seinen Zöglingen über naturwissenschaftliche Dinge Ungeeignetes vorgetragen haben soll. Demgegenüber kann ich nur das sagen, was ich auf einen Angriff von der anderen Seite erwidert habe: Wenn derartige Dinge vorkommen, so kann die Unterrichtsverwaltung nur bitten, daß die Sache zu ihrer Kenntnis gebracht werde, damit Gelegenheit zur Untersuchung gegeben ist. Auf einseitige Darstellungen in diesem hohen Hause, wenn sie auch im besten Glauben gegeben werden, kann die Regierung unmöglich irgendwelche Maßregeln ergreifen.

Wenn der Herr Abg. Dieterle gestern die Frage des Verhaltens der Regierung der „Neuen Badischen Schulzeitung“ gegenüber einer sehr scharfen Kritik unterzogen hat, so übersteht er dabei eines. Die „Neue Badische Schulzeitung“ wird nicht mehr wie früher von einem Lehrer redigiert; die weitere Fortführung der Redaktion durch einen Lehrer ist aus Gründen, die ich heute nicht darzulegen brauche, von der Regierung verhindert worden. Die „Neue Badische Schulzeitung“ ist jetzt ein durchaus unabhängiges Blatt, das allerdings oft in einer außerordentlich heftigen Weise gerade die Schulverwaltung angreift. Allein ich habe schon leztlich die Gründe dargelegt, aus denen die Unterrichtsverwaltung keinen Anlaß zu haben glaubte, gegen diese Zeitung in dem einen oder anderen Falle Strafantrag zu stellen. Ein anderes Eingreifen wäre ja bei der Unabhängigkeit der Zeitung nicht möglich. Ich bemerke dazu, daß die Presse, nicht bloß die „Neue Badische Schulzeitung“, sondern die Presse aller Parteien manchmal die Regierung in einer sehr scharfen Weise angreift, sodaß da und dort auch die Frage aufgeworfen werden könnte, ob Strafantrag gestellt werden soll. Das ist Sache des Geschmacks, und ich bin immer davon ausgegangen, daß in dieser Richtung der Presse keine zu festen Biegel angelegt werden sollen, daß die Unterrichtsverwaltung und die Regierung, die der öffentlichen Kritik ausgesetzt ist, nicht zu empfindlich sein dürfen.

Der Herr Abg. Benedey hat gestern das Gespenst des § 49 der Schulordnung wieder hervorgehoben, nicht „Gespenst“ in dem Sinne, als ob der Paragraph überhaupt nicht mehr bestünde, aber insofern, als bis jetzt in dieser langen Debatte noch Niemand Anlaß gefunden hat, auf diese Bestimmung zurückzukommen. Ich kann der Kritik gegenüber, die der Herr Abg. Benedey über das Verhalten der Unterrichtsverwaltung bei der weiteren Ausführung dieses Paragraphen ausgesprochen hat, nur hervorheben, daß die Regierung überzeugt ist, das Richtige getan zu haben. Es ist nicht richtig, wie der Herr Abg. Benedey glaubt, daß der § 49 der Schulordnung ursprünglich einen ganz anderen Sinn gehabt habe, nämlich den, die einzelnen Schüler zu treffen. Im Gegenteil, von Anfang an war der Sinn des § 49 nur der, daß der Unterricht einer ganzen Klasse nicht unterbrochen und nicht gestört werden dürfe durch Beizug der Kinder zu kirchlichen Feiern und Veranstaltungen. Wenn im Verlaufe der Ausführung des § 49 in der vor einigen Jahren gewählten neuen Fassung in einzelnen Fällen anders verfahren worden ist, so lag das nicht im Sinne der Unterrichtsverwaltung, und gerade die neuen Erlasse haben eben darlegen sollen, daß in dieser Richtung — ich meine da speziell den Ministrantendienst — nicht der § 49 der Schulordnung Anwendung zu finden habe. Auf die Beurteilung ein-

zelter Kinder zu bestimmten Anlässen ist überhaupt nicht der § 49 der Schulordnung sondern der § 17 der Schulordnung anwendbar. Es würde sonst das eigentümliche Ergebnis eintreten, daß man Kinder zu allen möglichen denkbaren Anlässen aus der Schule beurlauben kann, auch zu Vergnügungen, Ausflügen usw., dagegen es unmöglich gemacht wäre, für kirchliche Einrichtungen, die bestehen und nach den Einrichtungen der katholischen Kirche bestehen bleiben müssen, die notwendigen Ministranten zu stellen. Uebrigens ist die Verordnung über die weitere Ausführung in diesem Sinne erst dann in die Wege geleitet worden, nachdem die kirchlichen Behörden und Oberbehörden in entgegenkommendem Sinn dafür Sorge getragen haben, daß nicht etwa ein und das gleiche Kind zu häufig dem Unterricht entzogen werde.

Zu einer Kritik der Regierung in dieser Beziehung liegt also kein Anlaß vor. Auch in der ganzen liberalen Presse ist die Lösung, die die Unterrichtsverwaltung bezüglich des § 49 gefunden hat, als eine befriedigende bezeichnet worden. Es liegt also kein Grund vor, nimmere von neuem diese Kontroverse hervorzurufen oder der Regierung, die im Interesse der Schule das in dieser Sache Notwendige und Vernünftige getan zu haben glaubt, Vornwürfe zu machen.

Wenn bei diesem Anlaß von anderer Seite die Frage des Singens bei Beerdigungen gestreift worden ist, so steht in dieser Beziehung die Unterrichtsverwaltung auf dem Standpunkt, daß, bei aller Respektierung eingewurzelter alter Bräuche draußen im Lande, es nicht möglich ist, ein für allemal das Singen der Kinder bei Beerdigungen zu gestatten. Es ist aber durch die neue Verordnung, oder vielmehr durch Feststellung des wahren Sinns der ursprünglichen Verordnung, ermöglicht worden, daß da, wo der Lehrer in seiner Eigenschaft als Vorfänger beteiligt ist, auch seine Klasse bei den betreffenden Feierlichkeiten mitwirken kann.

Ich bin überzeugt, daß bei einer, wie ich befürchten kann, von beiden Seiten friedlichen und loyalen Ausführung des § 49 der Schulordnung die Fragen in einer Weise gelöst sind, die in gar keiner Weise der Schule zum Schaden gereicht.

Der Herr Abg. Benedey hat einen anderen, auch in dieses Gebiet zu ziehenden Fall erörtert, in dem es sich um die Versetzung eines Lehrers handelte, der es abgelehnt hat, den Organistendienst der evangelischen Gemeinde in Neustadt zu besorgen. Aus der Tatsache der Versetzung ist vom Herrn Abg. Benedey der Schluß gezogen worden, als sei entgegen der ausdrücklichen Bestimmung des Gesetzes, das den Zwang zum Organistendienst abgeschafft hat, ein Lehrer vergewaltigt worden. Das ist nicht richtig; ich weiß nicht, woher der Herr Abg. Benedey seine Information hat, zum Teil ist sie jedenfalls nicht der Wahrheit entsprechend. Ich kann feststellen, daß in gar keiner Weise ein Zwang auf diesen Lehrer ausgeübt worden ist. Ich weiß nicht, welchen Erlaß der Herr Abg. Benedey verlesen hat, ob den des Kreis Schulrats oder welcher andern Stelle. Ich habe hier den Erlaß des Oberschulrats, der lediglich dahin geht, daß die Visitation beauftragt wird, dem Lehrer gegen eine vorzulegende Bescheinigung über die Gründe der Ablehnung des Organistendienstes zu einer Mitteilung zu veranlassen. Wer kann der Unterrichtsverwaltung das Recht absprechen, zur Aufklärung der Verhältnisse, nachdem ein Fall im Wege der Beschwerde an den Oberschulrat gekommen war, nimmere den Lehrer zu einer Erklärung zu veranlassen? Ich will auch diese Erklärung, wenigstens soweit sie von Interesse ist, verlesen; der betreffende Lehrer schildert seine „höchst mangelhaften musikalischen Kenntnisse“, er sagt „er sei der Letzte gewesen in der Musik“ (Geisterzeit) und „da ich bei Uebernahme des Organistendienstes bei

meinen geringen musikalischen Leistungen stets befürchten muß, die Zielscheibe des Gelächters und Gespöttes zu werden, habe ich eine Annahme abgelehnt“. Aus dieser Ablehnung ist dem Lehrer in gar keiner Weise ein Nachteil erwachsen; man hat ihn zunächst ruhig dort gelassen und hat nur, als ein Mitglied des Oberschulrats in die Gegend kam, die Gelegenheit wahrgenommen, sich mit dem Lehrer auszusprechen, und dieser hat dann auf die Frage, ob er sich denn bei den gegenwärtigen Verhältnissen auf seinem Posten in der Gemeinde noch wohl fühle, erklärt, er habe sich schon längere Zeit mit dem Gedanken getragen, sich versetzen zu lassen. Es wurde ihm daraufhin gesagt, wenn er eine derartige Bitte einreiche, werde man suchen, ihm eine jedenfalls nicht geringere Stelle zu verschaffen. Er hat das Gesuch eingereicht und ist auf eine andere Stelle gekommen, wo er keinen Organistendienst zu besorgen hat, und er ist auf dieser Stelle durchaus zufrieden. Nun frage ich, worin soll da ein Zwang der Unterrichtsverwaltung gegen den Lehrer zu finden sein? Versetzungen der Lehrer kommen aus den denkbar verschiedensten Gründen, insbesondere auch auf Wünsche der Lehrer, vor; warum soll die Unterrichtsverwaltung, wenn ein solcher Fall eintritt, wenn wirklich auf kirchlicher Seite ein gewisser Notstand besteht, weil (und dabei spreche ich nicht von der einen oder andern Konfession, es würde bei beiden vollständig gleich behandelt werden) ein anderer Organist nicht zu haben ist, warum soll die Unterrichtsverwaltung nicht, wenn sie das tut, ohne einen Zwang auszuüben, sich mit dem Lehrer verständigen, ob er nicht auf eine andere Stelle kommen wollte? Man müßte sich denn höchstens auf den Standpunkt stellen, daß Rücksichten nach allen Seiten, vor allem auf die Lehrer, genommen werden sollten, — daß aber dann jede Rücksicht außer acht zu lassen sei, wenn eine Kirche in Betracht komme.

Was den Fall Triberg anbelangt, den der Herr Abg. Benedey in dem Sinne, als ob auch hier entgegen bestehenden Bestimmungen ein Zwang auf den Lehrer ausgeübt worden sei, die Kinder in die Kirche zu begleiten, zum Gegenstand einer Beschwerde gemacht hat, so kann ich zu diesem Fall nur Folgendes sagen: Es handelt sich nicht um einen Fall, auf den früher § 49 der Schulordnung anzuwenden gewesen wäre, welcher bestimmte: „So oft die Schüler zum Besuch des Gottesdienstes verbunden sind, sind die Lehrer verpflichtet, dabei Aufsicht über dieselben zu führen.“ Diese Bestimmung ist beseitigt, und, soweit ich weiß, ist aus einer Unterlassung in dieser Beziehung bis jetzt einem Lehrer irgend eine Unannehmlichkeit noch nicht erwachsen. Im Fall Triberg aber hat es sich darum gehandelt, daß nach einem alten bestehenden Gebrauch die Kinder an Großherzogs Geburtstag gemeinschaftlich in die Kirche gegangen sind, und daß es der Wunsch, und meines Erachtens der durchaus berechnete Wunsch, der Ortsschulbehörde war, daß sich auch die Lehrer diesem Zuge anschließen. Das haben mehrere Lehrer in ostentativer Weise nicht getan, und die Unterrichtsverwaltung hat darauf in der Weise reagiert, daß sie diesen Herren eine ernste Mißbilligung ausgesprochen hat. Ich halte das für durchaus berechtigt und werde meinerseits, wenn ich etwa in der Beschwerde-Instanz in die Lage kommen sollte, über eine solche Angelegenheit Verfügung zu treffen, genau das Gleiche tun. (Beifallrufe rechts.) Denn, es handelt sich nicht etwa darum, daß ein Lehrer etwa verpflichtet sein solle, die Kinder jeden Sonntag in die Kirche zu führen, sondern es handelt sich darum, ob der Lehrer die Pflicht haben soll, dem, was an diesem Tage die ganze Gemeinde tut, nämlich diesem Gange zu Ehren des Landesherrn sich anzuschließen. Ich glaube, daß gerade die Lehrer, die immer Anspruch darauf erheben, in jeder

Richtung als Beamte behandelt zu werden, auch die Pflicht haben, in dieser Richtung als Beamte zu handeln und das zu tun, was man von dem Taktgefühl und von dem Anstandsgefühl jedes Beamten verlangen kann (Sehr gut! rechts).

Wenn weiter ein Fall in der Gemeinde Döger n erörtert worden ist, so ist mir, abgesehen von dem, was die Herren Abgg. Benedey und Dieterle uns vorgetragen haben, dieser Fall vollkommen unbekannt. Ich kann nur auf Grund meiner Information seit gestern Abend bestätigen, daß der Herr Abg. Dieterle mit vollem Recht gesagt hat, daß er noch nie irgendwelche Beschwerde an den Oberschulrat gerichtet oder in irgend welcher Weise beim Oberschulrat etwas gegen einen Lehrer unternommen habe. Was in diesem einzelnen Fall vorgekommen ist, das weiß ich nicht; ich habe keinen Grund zu der Annahme, daß, sei es von dem Herrn Abg. Dieterle, sei es von anderer Seite, in ungehöriger Weise auf den betreffenden Unterlehrer eingewirkt worden sei.

Zuletzt ist noch ein Fall aus der Gemeinde Zell erörtert worden, von dem der Herr Abg. Benedey selbst gesagt hat, daß er im Einzelnen darauf nicht eingehen wolle, weil dieser Fall gegenwärtig Gegenstand eines Rekurses an das Staatsministerium sei. Ich kann das bestätigen und will auch meinerseits mich auf eine Erörterung über diesen Fall nicht einlassen.

Ich glaube, wenn Sie das, was ich gesagt habe, überblicken, dann werden Sie sich sagen müssen, daß die Angriffe, die auf Grund dieser einzelnen Fälle von dem Herrn Abg. Benedey gegen die Schulverwaltung in dem Sinne gerichtet worden sind, als ob eine zu große Konnivenz gegen die Kirchen bestehe, durchaus unbegründet sind. Es ist meines Erachtens sowohl seitens der Oberschulbehörde, als auch soweit das Ministerium mit den Dingen befaßt war, durchaus korrekt gehandelt worden, es ist kein Recht nach irgend welcher Seite verletzt; die Unterrichtsverwaltung hat lediglich die Rechte gewahrt, die sie jedem Beamten gegenüber in Anspruch nehmen muß.

Der Präsident gibt hierauf folgende vom Abg. Bechtold übergebene, auf die vorliegenden Petitionen sich beziehenden Schriftstücke bekannt:

„Resolution.

Die am Donnerstag, den 21. Mai 1908 in der Hofe zu Wallstadt tagende Volksversammlung, welche zahlreich aus allen Schichten der Bevölkerung besucht war, protestiert dagegen, daß der Gemeinderat von Wallstadt ohne Anhörung des Bürgerausschusses eine Petition an die Zweite Badische Kammer gerichtet hat, in welcher eine Einschränkung der Leistungen der Volksschule verlangt wird.

Die Versammlung ersucht die Zweite Badische Kammer, an den Mindestforderungen der Novelle zum Schulgesetz vom Jahre 1906 unbedingt festzuhalten und den Schulplan im Interesse der Volksbildung noch weiter auszubauen.

J. A. der Versammlungsleiter
Heinrich Ziegler.“

Die zweite Resolution einer Volksversammlung in der Krone zu Neckarhausen hat denselben Wortlaut und ist unterzeichnet von Benjamin Köhler.

Weiterhin erhalten das Wort

Abg. Kolb (Soz.): Während bei der Mittel- und Hochschuldebatte die sämtlichen Parteien bzw. die Redner derselben einig waren in dem Lob auf die gute Entwicklung, die schöne Blüte unseres Mittel- und Hochschulwesens, müssen wir hier bei der Volksschuldebatte sehen, daß die

Debatte sich in Dissonanzen auflöst. Das ist auch kein Wunder. Wir haben für unsere Hochschulen und auch für unsere Mittelschulen getan, was wir tun konnten. Es wurde mit den nötigen Mitteln niemals gekargt, und wir haben infolgedessen auch eine wirklich herrliche Entwicklung unseres Schulwesens auf diesem Gebiete wahrzunehmen. Wir dürfen wohl sagen, daß wir auf dem Gebiete der Mittel- und Hochschulen mit an der Spitze in Deutschland marschieren. Man übertreibt aber nicht, wenn man in bezug auf die Volksschule das direkte Gegenteil behauptet, d. h. sagt, daß wir hier so ziemlich mit am Ende stehen, daß wir in der Entwicklung zurückgeblieben sind. Das ist im höchsten Grade bedauerlich. Baden war einstmal ein liberaler Musterstaat und stolz darauf, daß es auf den verschiedensten Gebieten den anderen deutschen Staaten vorbildlich vorgegangen ist. Auf dem Gebiete des Volksschulwesens kann man das aber leider nicht behaupten. Da sind wir in den letzten Jahrzehnten ganz gewaltig zurückgeblieben, und das aus Gründen, die ich und meine Fraktion nicht billigen können.

Wer die Debatten des Landtags der letzten Jahrzehnte durchliest, soweit die Volksschule dabei in Betracht kommt, findet, daß immer und immer wieder über die mißlichen, bedenklichen Zustände in unserm Volksschulwesen geklagt worden ist. Die Regierung, die Schulverwaltung hat aber leider nichts getan, um diesen großen Mißständen rechtzeitig entgegenzuwirken, und so mußten wir schließlich dazu kommen, daß wir nicht bloß einen sehr fühlbaren, außerordentlich starken Lehrermangel in quantitativer Beziehung wahrzunehmen hatten, sondern insbesondere in letzter Zeit auch einen solchen in qualitativer Beziehung, was natürlich noch größere Mißstände auf dem Gebiete unseres Volksschulwesens hervorgerufen mußte. Ich kann es heute noch nicht begreifen, wie die Regierung so lange die Hände in den Schoß legen konnte gegenüber derartig anerkannten, so oft behandelten Mißständen. Das ist um so bedauerlicher, als ja die Volksschule heutzutage eine viel wichtigere Aufgabe zu lösen hat als jemals zuvor. Ich brauche darauf des Näheren nicht einzugehen. Der Herr Abg. Rebmann hat das gestern abend in wirklich schöner Weise hervorgehoben. Die Bedeutung, die heute die weltwirtschaftlichen Konkurrenzkämpfe für die einzelne Nation haben, ist eine ungeheuer große, und man geht wohl nicht zu weit, wenn man sagt: Diejenige Nation, die keine genügende Volksschulbildung hat, wird auch diese Konkurrenzkämpfe in letzter Linie nicht in der richtigen Weise bestehen können.

Zu diesen Mängeln in der Volksschule überhaupt kommt noch der Mangel einer richtigen Lehrerbildung. Ich habe immer noch die Auffassung, daß unsere heutigen Lehrerfeminarien nicht das Ideal von Anstalten sind, in welchen die Bildner und Erzieher der breiten Masse unseres Volkes herangebildet werden sollen. Wenn wir hören, daß der Tierarzt eine wissenschaftliche Bildung haben muß, daß heutzutage der Landwirtschaftslehrer eine wissenschaftliche Bildung haben muß, und damit dann die Bildung vergleichen, die heute unsere Volksschullehrer auf den Lehrerfeminarien noch erhalten, dann kann man einen derartigen Zustand nur als bedauerlich bezeichnen und den Wunsch ausdrücken, daß wir möglichst bald dazu kommen, auch unsere Lehrerfeminare auf eine höhere Stufe zu stellen.

Ich muß es ebenfalls bedauern, daß wir heute noch konfessionelle Lehrerfeminare haben. Der Herr Staatsminister hat soeben die Sache so dargestellt, als sei das gar nicht von so weittragender prinzipieller Bedeutung; in Wirklichkeit lägen die Dinge so, daß eben in den konfessionellen Lehrerfeminaren nur deshalb

hauptsächlich katholische bzw. protestantische Lehrer seien, weil die Bevölkerung der betreffenden Gegend zum weitesten Teil katholisch oder protestantisch sei. Das ist aber nicht richtig. Von dem Etlinger Lehrerseminar kann man doch wirklich nicht behaupten, daß es in einer Gegend liegt, in der fast ausschließlich Katholiken wohnen. Die konfessionellen Lehrerseminare sind eben noch ein Ueberbleibsel aus vergangenen Zeiten, und deshalb müssen sie beseitigt werden; denn die Konsequenz der Simultanschule ist natürlich die simultane Lehrerbildung. Der Herr Abg. Meiß hat gestern darauf hingewiesen, die Eltern haben aber doch ein Recht, solche konfessionelle Anstalten zu verlangen, denn sie legen Wert darauf, daß die Lehrer in konfessionellem Sinne erzogen werden. Der Herr Abg. Meiß hat hier das gesagt, was Andere zu sagen vergessen haben. Aber wenn man schon auf dem Standpunkt steht, den der Abg. Meiß vorgetragen hat, und den zweifellos auch das Zentrum teilt, dann müßte man auch auf anderen Gebieten konsequent sein. Warum fordern Sie denn nicht konfessionelle Kadettenanstalten? Warum fordern Sie nicht konfessionelle Hochschulen? Das könnte man doch mit denselben Gründen fordern, mit denen man heute für die Erhaltung der konfessionellen Lehrerseminare eintritt (Zuruf: Oesterreich!) In Oesterreich fordert man sie. Da braucht man die Wirkung, die derartige Forderungen draußen auf die Wählerschaft haben, nicht mehr zu fürchten. Bei uns in Baden aber hält man zurück. In Preußen ist man auch schon weniger zurückhaltend, weil man dort mit derartigen Forderungen nicht einen Mißklang hervorruft, den man in Baden ganz zweifellos hervorrufen würde. Also die Herrschaften bewegen sich da auf einem durchaus unhaltbaren, inkonsequenten Boden, während wir auf dem Boden der Konsequenz stehen, und ich glaube, daß die badische Schulverwaltung nach kurzem doch dazu kommen muß, die konfessionellen Lehrerseminare zu beseitigen.

Nun muß man aber auch bedenken, daß dieser Mangel, der an unserem Volksschulwesen haftet, sich nicht bloß auf die Volksschule für sich beschränkt, sondern daß er sich auch später bei der Berufs- und Fachbildung in sehr erheblichem Maße geltend macht. Die Klage, daß die Kinder, die aus der badischen Volksschule, aus der Landschule hervorgehen, ihrer Aufgabe nicht in allen Wegen gewachsen sind, ist schon eine sehr alte, und dieser Mangel wird mit jedem Jahre mehr hervortreten. Es ist auf früheren Landtagen schon hervorgehoben worden, daß in bevorzugte Stellungen im gewerblichen Leben heute gewöhnlich solche Arbeiter einrücken, die nicht in badische Schulen gegangen sind; man zieht diese Arbeiter vor, weil man weiß, daß sie mehr gelernt haben und infolgedessen auch mehr leisten.

Nun hat man hervorgehoben, daß der Lehrermangel ja jetzt beseitigt werden könne. Wir haben ja allerdings in den letzten Jahren einen besseren Zugang an Börglingen gehabt, und die Folge davon wird sein, daß wir in den nächsten Jahren den Lehrermangel mehr und mehr werden zurückdrängen können. Aber damit ist der Notstand, in dem sich unsere Volksschule befindet, nicht behoben. Ich befürchte, daß wir sehr bald dieselben Zustände wieder bekommen, die wir bisher gehabt haben, und zwar deshalb, weil eben dieselben allgemeinen Verhältnisse weiter bestehen. Warum haben wir einen so schwachen Zugang zum Lehrerberuf gehabt? Aus dem einfachen Grunde, weil die Bezahlung der Lehrer in einem außerordentlichen Mißverhältnis zur Bezahlung derjenigen mittleren Beamten gestanden hat, die ungefähr die gleiche Vorbildung haben. Dasselbe Resultat

werden wir aber wieder haben, sobald der neue Gehaltstarif durchgegangen ist. Der Unterschied zwischen der Bezahlung der Volksschullehrer und der der mittleren Beamten wird nach Annahme des neuen Gehaltstarifs sich zwischen 200 und 1200 M. im Jahre bewegen. Die Folge davon wird sein, daß eben der Zubrang zu den Lehrerseminaren und zum Lehrerberuf wieder zurückgehen wird, daß die jungen Leute sich wieder mehr den anderen Beamtenkategorien zuwenden werden. Deshalb sind wir schon lange dafür eingetreten, daß die Lehrer in den Gehaltstarif hereinkommen, weil wir der Meinung sind, daß diese Mißstände endlich einmal beseitigt werden müssen. Es spricht kein vernünftiger und zweckmäßiger Grund dafür, daß man die Lehrer anders behandelt als die übrigen mittleren Beamten. Dazu kommt ja noch, daß jetzt die mittleren Beamten eine zweijährige Zulage bekommen, während die Lehrer eine dreijährige haben. Auch das ist ein Mißstand, der sich ganz zweifellos in hervorragendem Maße fühlbar machen wird. Die Regierung aber lehnt diese Forderung aus finanziellen Gründen grundsätzlich ab. Wir können im Augenblick nichts anderes tun, als gegen diese Haltung der Regierung unsern schärfsten Protest zu erheben. Es ist das eben immer nur ein Beweis, daß alle die schönen Worte, die die Regierung hier an uns richtet in bezug auf die Bedeutung und Wertung der Volksschule, schließlich doch eben nur Worte bleiben. Die Taten werden nicht vollführt, die gemacht werden müßten, wenn man das Alles durchführen will, wenn man der Volksschule zu der Bedeutung verhelfen will, die sie nun einmal heute in unserm wirtschaftlichen und Kulturleben beanspruchen kann.

Der Herr Oberschulratsdirektor hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Volksschule die Basis für unsere ganze Volksbildung überhaupt bildet, und daß, wenn die Volksschule in schlechtem Zustand ist, während die oberen Schulen sich in blühendem Zustand befinden, die oberen Schulen dann nichts anderes repräsentieren als einen Koloz auf tönernen Füßen. Das ist durchaus richtig. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß, wenn unsere Volksschule besser wäre, wenn sie der Aufgabe gewachsen wäre, der sie gewachsen sein sollte, der Zubrang zu unseren Mittelschulen nicht mehr so groß wäre, wie er heute ist. Viele Eltern schicken ihre Kinder nur deshalb in die Mittelschule, weil sie es nicht verantworten können, sie mit einer so mangelhaften Bildung wie sie heute in der Volksschule ihnen zuteil wird, ins Leben hinauszuschicken und den Kampf ums Dasein aufzunehmen. Die Folge davon ist, daß in unseren Mittelschulen heute die platteste Mittelmäßigkeit sich breit macht, während auf der anderen Seite eine Menge von Talenten verloren geht, die für Staat und Gesellschaft Großes hätten leisten können, wenn sie die richtige Ausbildung bekommen hätten. Daß dieser Zustand auf die Dauer nicht bestehen bleiben kann, ist wohl Allen klar, die ein Verständnis haben für die Zeit, in der wir uns befinden. Ich für meine Person und meine Freunde betrachten als Ziel der Schulorganisation, daß alle Kinder ohne Unterschied der sozialen Stellung der Eltern einige Jahre in die Volksschule hineingehen sollten. Es sollten keine Vorschulen gegründet werden, in die die besser Situierten ihre Kinder schicken, damit sie abgefordert sind von den anderen, sondern alle Kinder sollen einige Jahre in die Volksschule hineingehen. Ich weiß nicht, ob Andere auch die Erfahrung gemacht haben wie ich. Ich merke es immer, wenn ich mit jemand verkehre, ob er einige Jahre in der Volksschule gewesen ist oder nicht (Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Man fählt es sofort heraus, daß die letzteren niemals Fühlung mit

dem Volke gehabt haben, wie sie notwendig ist, wenn man die sozialen Gegensätze, wie sie heute infolge unserer wirtschaftlichen Zustände in unserem Volke bestehen, mildern will. Eine auffallende Erfahrung habe ich vor einigen Jahren bei Gründung des Volksbildungsvereins gemacht. Wir haben da Vorträge von Hochschulprofessoren halten lassen und die Arbeiter haben Fragen gestellt, die dann das nächste Mal von den Hochschullehrern beantwortet wurden. Da waren die Hochschullehrer ganz erstaunt über die Fragen, die von Arbeitern in die Diskussion hineingeworfen wurden, und verschiedene der Herren haben erklärt, sie seien in höchstem Grade erstaunt darüber, daß Arbeiter über diese Dinge so sehr unterrichtet seien. Die Leute haben gar keine Ahnung von dem Denken und Fühlen der Arbeiter gehabt, sie sind damals sozusagen eigentlich zum ersten Mal mit ihnen in Berührung gekommen. Das ist kein Zustand in unserem heutigen Wirtschafts- und Kulturleben, daß Leute, die alle Tage an den Arbeitern vorbeilaufen, keine Ahnung von ihrem Denken und Fühlen haben.

Man sagt nun: Die Volksschule kann aber nicht alle Aufgaben erfüllen, die hier von ihr gefordert werden. In der Schweiz ist das Alles schon durchgeführt. Die schweizerischen Elementarschulen erzeugen alle Mittelglieder, die wir heute zwischen Volksschule und Mittel- und Hochschulen haben. Der Herr Oberschulratsdirektor hat gemeint, man brauche die sogen. Bürgerschule, die man in den Städten eingeführt hat, um eine Mittelstufe zu haben zwischen der Volksschule und der Mittelschule. Ich bin auch einige Jahre in die Bürgerschule gegangen und muß aus meiner Erfahrung heraus sagen, daß ich sie für vollständig überflüssig halte. Was man dort gelernt hat, hätte man ebensogut auf der Volksschule lernen können. Das bisschen Französisch, das man dort lernt, warum sollte man es nicht auch auf der Volksschule fakultativ einführen können? In der Schweiz hat man es ja eingeführt und es geht, warum soll es in Deutschland nicht gehen? Es geht auch in Skandinavien, warum nicht bei uns? Will man denn behaupten, daß der Deutsche von Geburt aus dümmere ist als der Skandinavier und Schweizer? Das wird man doch nicht behaupten wollen. Es geht in der Schweiz, weil man die Schulgeldbefreiung durchgeführt hat. Will man den Leuten, die sich nun einmal schämen, ihre Kinder in eine Schule zu schicken, in der kein Schulgeld erhoben wird, etwas Besonderes tun, so verschärft man damit den vorhandenen Gegensatz. Dies zu vermeiden, ist nach meiner Meinung eine wichtige Aufgabe einer Schulverwaltung.

Ich fürchte auch, daß der ganze neue Lehrplan und die neue Unterrichtsmethode in den nächsten Jahren sehr geringe Erfolge haben werden und zwar deshalb, weil die nötigen Vorbereitungen nicht rechtzeitig getroffen worden sind. Der Herr Abg. Hennig hat ganz unnötigerweise gegen den Herrn Kollegen Eichhorn polemisiert. Das, was Herr Abg. Hennig vorgetragen hat über die mangelhafte Vorbereitung des neuen Lehrplans, ist auch unsere Auffassung. Sie (zum Zentrum) gehen aber viel weiter. Für das Zentrum ist das, was vorgetragen worden ist, nur der Vorwand zum Kampf gegen das neue Schulgesetz überhaupt. Wenn man etwas Tüchtiges hätte leisten wollen, hätte man Jahre lang vorher eingreifen müssen und nicht auf einmal alle Sünden gutmachen wollen, die seit vielen, vielen Jahren aufgehäuft worden sind. So wie heute der Zustand in der Volksschule ist, schadet es nicht nur der Bildung sondern auch der Erziehung. Es ist schlechterdings unmöglich, daß ein Lehrer der 60, 70 Kinder zu unterrichten hat, eine erzieherische Wirkung auf die Kinder ausübt, wenigstens

kann er es nicht in dem Maße, wie es wünschenswert wäre. Ein Lehrer, der die Kinder nicht individuell behandeln kann, ist einfach lahm gelegt in bezug auf die Aufgabe, die er auf dem Gebiet der Erziehung zu vollbringen hat. Deshalb müßte darauf hingewirkt werden, daß der Lehrermangel vollständig beseitigt wird und daß das Gesetz nicht nur so, wie es einmal geschrieben ist, durchgeführt wird, sondern weit darüber hinaus noch Verbesserungen durchgeführt werden können.

Wenn wir den Lehrermangel jetzt auch beseitigen können, so ist damit den Mißständen in unserer Volksschule noch in gar keiner Weise abgeholfen. Wir haben heute nicht nur einen Lehrermangel sondern auch einen Mangel an Schullokalen, und es ist sehr wahrscheinlich, daß wir in den nächsten Jahren mehr Lehrer haben werden, als wir verwenden können, weil nicht genug Schullokale zur Verfügung stehen. Das wäre aber noch ein bedenklicherer Zustand, als wir ihn in den letzten Jahren gehabt haben. Es wäre geradezu traurig, wenn die Wahrnehmung gemacht werden müßte, daß Baden zwar genügend Lehrer hat, aber keine Gelegenheit, sie beschäftigen zu können. Das ist ein Notstand, dem nur mit außergewöhnlichen Mitteln entgegen gewirkt werden kann, wie es auch sonst bei den Notständen der Fall ist. Wenn sonst irgendwo sich ein Notstand zeigt, wird mit außergewöhnlichen Mitteln zugegriffen. Warum macht man das auch nicht auf dem Gebiete der Volksschule? Es ist schon auf dem letzten Landtag gesagt worden, daß zur Durchführung des Gesetzes etwa 10 Jahre erforderlich seien, um die Vorbereitungen durchzuführen, die notwendig sind. In 10 Jahren werden wir auch noch nicht erheblich weiter sein als heute, wenn die Regierung nicht mehr Mittel zur Verfügung stellt. Ich für meine Person würde unbedenklich sofort einen Antrag einbringen, wenn ich wüßte, daß ich die notwendige Zustimmung dafür finden würde, wonach die Regierung aufgefordert wird, eine Anleihe von 1 Million zu machen, damit den Gemeinden die nötigen Zuschüsse gegeben werden können, um die Schulhäuser, die notwendig sind, sofort zu erbauen. Das wäre zu verantworten auch gegenüber der künftigen Generation. Denn wenn zu solchen außerordentlichen Mitteln nicht gegriffen wird, werden wir einfach auf diesem Gebiet nicht vorwärts kommen. Die paar Tausend Mark, die in das Budget eingestellt sind, sind in Anbetracht des Notstandes ein Tropfen auf einen heißen Stein. Hier muß mit außergewöhnlichen Mitteln eingegriffen werden, und die Regierung sollte deshalb schleunigst das Notwendige veranlassen.

Nun möchte ich mit einigen Worten auch auf den neuen Unterrichtsplan zu sprechen kommen. Es war mir sehr interessant, gestern die Rede des Herrn Kollegen Redmann anzuhören, der die Herren, die in den letzten Tagen gegen diesen Lehrplan Sturm gelaufen sind, in geradezu glänzender Weise widerlegt hat. Es ist gar nichts Neues in diesem Unterrichtsplan eingeführt. Der Eine ist gegen die Naturkunde Sturm gelaufen, der Andere hat gefunden, daß die Heimatkunde viel zu ausführlich gelehrt wird. Vom Standpunkt dieser Herren aus wäre es natürlich viel besser, wenn der Katechismus noch etwas ausführlicher auswendig gelernt werden könnte. Sie haben damit nur den Beweis erbracht, daß Sie sich mit der Materie gar nicht genügend vertraut gemacht haben, daß Sie die Unterrichtspläne nicht miteinander verglichen haben. Ich habe auch keine Zeit gehabt, den alten und den neuen Lehrplan miteinander zu vergleichen, ich glaube, es ist auch nicht notwendig, daß das jeder Abgeordnete tut. Aber ich hätte mir auch nicht herausgenommen, gegen den neuen Unterrichtsplan Sturm

zu laufen und so daran Kritik zu üben, wie das hier geschehen ist. Wir haben hier wieder einmal erlebt, daß eben das Zentrum immer der Bannerträger ist, wenn es gilt, etwas gegen den Fortschritt auf dem Gebiete der Volksschule zu tun. Sie mußten doch auf dem letzten Landtage schon, was bevorsteht, und haben damals zugestimmt; aber Sie haben trotzdem die Gelegenheit sofort ergriffen, als draußen auf dem Lande durch den Umstand, daß die Gemeinden zu sehr belastet wurden, eine Erregung sich bemerkbar machte, diese zu fruktifizieren, um dadurch gegen eine Erweiterung der Unterrichtsstundenzahl überhaupt mobil zu machen. Der Herr Abg. Dieterle und die anderen Zentrumsredner haben in bezug auf die Verhältnisse des Schwarzwaldes, die sie ihren Ausführungen zu Grunde gelegt haben, ihre Klagen vorgebracht. Aber das ist doch nicht neu, die Kinder haben früher genau so weit zur Schule gehen müssen als heute, warum soll das nun plötzlich ein Grund dagegen sein, daß man im Tag eine Stunde länger Unterricht hält! Dieser Gesichtspunkt kann gar nicht dabei in Betracht kommen, wenn die Unterrichtszeit um eine Stunde verlängert werden soll. Aber so ist das auch gar nicht gemeint. Sie haben bei ihrer Stellungnahme nicht nur die Zustände im Schwarzwald im Auge, sondern die Vermehrung des Unterrichts überhaupt ist Ihnen ein Dorn im Auge. Nicht nur auf dem Schwarzwald hat man gegen den neuen Unterrichtsplan mobil gemacht, sondern auch im Odenwald, wo die Verhältnisse ganz anders sind. Es ist im „Tauber- und Franckenbote“ ein Bericht erschienen über eine Versammlung, die in Buchen stattgefunden hat, und in der auch der Herr Abg. Dieterle anwesend war. Die Zeitung schreibt mit Beziehung auf Stadtpfarrer Bopp von Buchen: „Unter der Gefahr, als „Finsterling“ verurteilt zu werden, tritt der Herr Stadtpfarrer Johann für die Beseitigung der 4. Stunde in der Volksschule ein, da Schüler und Lehrer dadurch gefährdet werden, er dringt auf die Weglassung des Nebenächlichen und Unnützen, aber auf eine gute Behandlung des Notwendigen im Schulunterricht.“ Sie haben also in dieser Frage überhaupt nur die vierte Stunde im Auge, und ob es sich dabei um den Schwarzwald oder um den Odenwald handelt, das ist Ihnen vollständig gleichgültig. Und von diesen Leuten ist auch die Petition gemacht worden, ich glaube, die allermeisten Bürgermeister sind darauf hereingefallen. Ich glaube nicht, daß Alle ohne weiteres damit einverstanden waren, daß man diese vierte Stunde wieder beseitigen soll, sondern den meisten Bürgermeistern war es nur darum zu tun, eine übermäßige Belastung der Gemeinden hintanzuhalten bzw. wieder zu beseitigen.

Wohin das führt, das sieht man ja ganz deutlich an der Petition, dort ist ganz klar und deutlich ausgeführt, was mit diesem ganzen Entrüstungssturm bezweckt wird. Es heißt da u. a.: „Daß es in denjenigen Schichten der Bevölkerung, deren Schulbildung mit der Volksschule abschließt, viele Leute gibt, die nur des Lernens und des Wissens wegen lernen, wird wohl im Ernst niemand behaupten wollen, wenn es aber da und dort einen solchen strebsamen und lernbegierigen Menschen gibt, so findet er selbst aus drückenden und schwierigen Verhältnissen heraus seinen Weg zu höheren Zielen, dafür sind allgemein bekannte Beispiele aus allen Zeiten und allen Völkern vorhanden.“ Also die Leute stehen auf dem Standpunkt, daß die Kinder nur Lesen, Schreiben und Rechnen lernen zu brauchen, um nachher Akkerknechte sein zu können.

Und dann heißt es weiter: „Diesen Wenigen zuliebe einen Elementarunterrichtsbetrieb einzurichten, welcher dem Staat und den Gemeinden große materielle Opfer kostet, dem Volk selbst aber keinen Nutzen sondern, wie wir unten noch näher nachweisen werden, direkten Schaden

bringt, ist doch gewiß nicht klug.“ Weiter an anderer Stelle: „Man fördere also derartige Schulen“ (wie gewerbliche Fortbildungsschulen, Fachschulen usw.) „soviel als irgend möglich, man erleichtere den Besuch derselben und aller höheren Lehranstalten für talentvolle, strebsame Kinder vom Lande auch durch möglichste Unterstützung derselben im Falle der Bedürftigkeit, aber man zwingt nicht der immerhin die Mehrzahl bildenden großen Masse des Landvolkes mit ungeheuren Opfern an Gesundheit, Zeit und Geld ein Uebermaß von Bildung auf, das sie sich doch nicht aneignen und das für diejenigen, welche es sich aneignen, nur ein unnützer und bald wieder abgeworfener Ballast ist.“

Hier spricht man von einem Uebermaß von Bildung bei einer Halbtagschule mit einer wöchentlichen Unterrichtszeit von 20 Stunden! Das müssen noch „Volksgenossen“ sein, die einen solchen Standpunkt einnehmen, daß sie eine 20 stündige wöchentliche Unterrichtszeit als ein Uebermaß bezeichnen!

Es heißt dann weiter: „Das nötige Maß von Wissen für einen Volksschüler für seinen künftigen Beruf und die Fähigkeit, eine höhere Fachschule später zu besuchen, oder durch Selbstunterricht sich weiter zu bilden, erhielten unsere Normalkinder bisher in der Schule mit 16 Wochenstunden. Und wer es mit 16 Stunden nicht erreicht, der erlangt es mit 22 erst recht nicht. Die Erhöhung der Unterrichtszeit auf 22 Wochenstunden läßt sich durch nichts rechtfertigen, aber durch viele Gründe als direkt schädlich dartun.“

Das ist der wirkliche Grund, warum gegen den neuen Lehrplan Sturm gelaufen wird, nicht der Umstand, daß die einzelnen Gemeinden zu sehr belastet worden sind. Dieses hätten Sie (zum Zentrum) auf dem letzten Landtag verhilten können. Wir haben Sie damals darauf aufmerksam gemacht, was die Folge des Gesetzes sein wird, warum haben Sie damals der Regierung nachgegeben, warum verfolgen Sie eine Finanzpolitik, die zu derartigen Mißständen führt? Glauben Sie die Schulpolitik außer Zusammenhang mit der Finanzpolitik? Auch die Schulfrage ist in letzter Linie eine Finanzfrage. Wenn wir aber eine tüchtige Volksschule haben wollen, dann darf man nicht an dem Geld sparen, das notwendig ist, um einen befriedigenden Zustand herbeiführen zu können. Es gibt tatsächlich im Zentrum eine Masse Leute, die der Meinung sind, daß es für die Kinder auf dem Lande genügt, wenn sie Rechnen, Lesen und Schreiben lernen. Es ist ja auch dieser Standpunkt gar nicht neu, denn ihn hat der Abg. Reichensperger im Reichstag schon vor 25 oder 30 Jahren vertreten. Das genügt aber heute nicht mehr, es will heute nicht Jeder sein Leben lang Arbeiter bleiben, und wenn die Möglichkeit zum Emporarbeiten gegeben sein soll, so muß auch die Volksschule entsprechend eingerichtet werden. Wir haben bei der Landwirtschaftsdebatte alle zusammen den Standpunkt vertreten, daß man, wenn es in der Landwirtschaft vorwärts gehen soll, vor allen Dingen eine gute Volksschule haben muß, daß hier der Grund zu allem Fortschritt gelegt werden muß. Wenn wir aber in bezug auf die Anzahl der Stunden und in bezug auf den Unterrichtsbetrieb eine Stellung einnehmen würden, wie es in der Petition gewünscht und ja vom Zentrum mehr oder weniger verteidigt wird, dann ist keine Aussicht vorhanden, die Landwirtschaft auf die Höhe zu bringen, auf der sie konkurrenzfähig mit dem Auslande bleiben kann. Was nützt die Tätigkeit unserer wissenschaftlich gebildeten Landwirtschaftslehrer, wenn sie es mit Jünglingen zu tun haben, die einen derartigen ungenügenden Schulsack mitbringen! (Sehr gut! Beifall bei den Demokraten.) Ersparen wir doch dann das Geld für unsere Landwirtschaftsschulen, denn es ist zum Fenster hinausgeworfen, wenn solches

Material diesen Schulen zugeführt wird, wenn die Kinder einen so mangelhaften Schulsack aus der Volksschule mitbringen. Es ist den Leuten, die überhaupt den Trieb in sich haben, vorwärts zu kommen, dadurch die Möglichkeit hierzu genommen. Wir können nicht etwa für den Schwarzwald oder für die Hirtenbuben besondere Schulgesetze machen. Wir können nicht aus Rücksichtnahme auf diese Kinder veranlassen, daß die Anordnung, daß die Kinder jeden Tag eine Schulstunde mehr bekommen, aufgehoben wird. Man will eben die Kinder mehr zur Arbeit verwenden, und das ist der eigentliche Grund, weshalb man weniger Schulstunden haben will. Warum will man denn nicht auf die Hüttenkinder, die aus Tirol usw. kommen, die gleiche Rücksicht nehmen wie auf die Schwarzwaldkinder? (Zwischenruf). Dort gibt es doch jedenfalls Hüttenkinder, ob sie aus Tirol, aus Oesterreich, Galizien usw. kommen, ist gleichgültig (Zuruf im Zentrum: Das sind die Kinder der Einwohner!). Es handelt sich auch um Kinder aus dem Auslande, die gekauft werden (Zuruf: Nicht auf dem Schwarzwald!). Treiben Sie doch keine Wortklauberei, denn für das, was ich vorgetragen habe, ist es doch irrelevant, ob es sich um den Schwarzwald oder um die Seegegend handelt. Es handelt sich darum, daß man auf diese Hüttenkinder keine Rücksicht nimmt, man hat früher sogar daran gedacht, sie sollten überhaupt nicht in die Schule gehen. Das unterstützen Sie und das ist ein Zeichen Ihrer Bildungsfeindlichkeit.

Nun ist es ja außerordentlich interessant, wie das Zentrum seinen Kampf in den letzten Tagen geführt hat; erst kommt der Herr Abg. Schüler und begründet den Antrag, dann kommt der Herr Abg. Duffner und bläst eine Fanfare, eine Kriegsfanfare, und gestern kommt nun auf einmal (ich führe das nicht wörtlich, aber dem Sinne nach aus), der Herr Abg. Schmidt-Karlsruhe und sagt: Ich habe mich zum Wort gemeldet, um nun einmal den Standpunkt meiner Partei zu diesen Dingen zu begründen. Mir hat es den Eindruck gemacht, als hätte der Herr Abg. Schmidt die Rückzug antreten wollen gegenüber der Wirkung der Rede des Herrn Abg. Duffner. Erst waren es Fanfaren und dann Chamaden. Das ist ja so Zentrumsmannier, der eine hält eine Rede für den Schwarzwald und der andere für die Städte, damit beide befriedigt sind (Heiterkeit). So macht es das Zentrum auf allen Gebieten. Vielleicht hätte die Rede des Herrn Abg. Schmidt eine bessere Wirkung gehabt, wenn nicht hinterher der Herr Kollege Dieterle gekommen wäre und wieder in das Horn des Herrn Kollegen Duffner geblasen hätte (Heiterkeit). Wenn Sie das wollen, was Sie uns hier ausgeführt haben, daß nämlich Mißstände beseitigt werden, die heute in unserem Volksschulwesen bestehen, und möglichst bald ein Mittel finden wollen, das es ermöglicht, die Schwierigkeiten zu überwinden, welche mit der Durchführung des neuen Lehrplans verbunden sind, dann müssen Sie sich auf unseren Boden stellen, dann müssen Sie von der Regierung mit aller Energie verlangen, daß sie so schnell wie möglich die finanziellen Mittel bereit stellt, welche nötig sind, damit die Gemeinden unterstützt werden können, die notwendig einen neuen Schulbau errichten müssen. Wenn Sie das nicht tun, dann gebe ich für alle Ihre schönen Redensarten, die Sie für die Volksschule übrig haben, gar nichts. (Zuruf aus dem Zentrum) Gewiß, das wissen wir. Im Gegenteil, Ihnen ist es ja lieb, wenn es so bleibt. Wir haben gar keinen Zweifel, wo Sie hinaus wollen. Sie wollen es den Gemeinden überlassen, ob 16 oder 20 Unterrichtsstunden in der Woche eingeführt werden sollen. Das könnte noch einen schönen Schulbetrieb geben, wenn die Bauernbürgermeister, die an Ihrem

Strang ziehen, darüber zu entscheiden hätten, ob 16 oder 20 Unterrichtsstunden in der Woche eingeführt werden sollen! Vor diesem Schicksal wollen wir unsere Volksschule bewahrt wissen.

Wir haben auf dem letzten Landtag vorausgesagt, daß es so kommen wird, wenn man die Gemeinden in der Weise belastet, und haben Sie davor gewarnt, diese Last auf die Gemeinden abzuwälzen. Wir haben erklärt, daß der Staat diese Last tragen könne. Ein Staat, der die Mittel übrig hat, um so herrliche Staatsbauten, wie man sie in den letzten Jahren insbesondere für unsere Hochschulen hingestellt hat, und von denen eine allein eine, zwei und drei Millionen kostet, aus laufenden Mitteln zu errichten, ein solcher Staat sollte sich schämen, wenn er nicht das Geld übrig hat, das notwendig ist, um die Volksschule auf die Höhe zu bringen, auf die sie nun einmal gestellt werden muß. Es ist traurig, daß wir neben Mecklenburg mit unserer Volksschule rangieren anstatt an der Spitze sämtlicher deutschen Staaten.

Der Herr Kollege Dieterle hat gestern auch den Kampf gegen die „Neue Badische Schulzeitung“ aufgenommen. Wenn ich nicht überhört habe, haben sämtliche Redner vom Zentrum gegen die „Neue Badische Schulzeitung“ Stellung genommen. Diese „Neue Badische Schulzeitung“ muß Ihnen arg im Magen liegen (Heiterkeit). Diese fortwährenden „empfehlenden Erinnerungen“ dieser Schulzeitung gegenüber der Regierung geben zu denken. Der Herr Abg. Dieterle ist sogar soweit gegangen, von unsittlichen Inseraten zu sprechen, die darin enthalten seien. Das war natürlich vor allem an die Adresse der Großh. Regierung gerichtet, damit diese das Entsprechende tue. Daß sie das nicht kann, hat Herr Abg. Dieterle übersehen. Ich habe daraufhin einen ganz Band der „Neuen Badischen Schulzeitung“ durchgeblättert, um einmal zu sehen, ob nicht irgend so ein unsittliches Inserat darin zu finden sei. Ich habe lange gesucht, habe alle Inserate durchgesehen, endlich habe ich da unten in einer Ecke etwas entdeckt, was vielleicht dem Herrn Abg. Dieterle im ersten Augenblick als unsittlich aufgefallen ist. Da steht nämlich oben drüber fett gedruckt: „Wichtig für Brautleute“. Nebendran ist eine Bettstelle abgedruckt, und dann bietet ein Berliner Möbelfabrikant seine Möbel mit 45 Proz. Rabatt an. (Heiterkeit). Wenn das die unsittlichen Inserate sind, die in der „Neuen Badischen Schulzeitung“ enthalten sind, so hätte der Herr Abg. Dieterle besser geschwiegen. Ich habe, wie gesagt, alle Inserate durchgesehen, aber kein einziges unsittliches gefunden. Uebrigens warum bringt man solche Sachen vor? Haben Sie nichts Anderes mehr gegen diese Zeitung vorzubringen? Und wenn Sie schon von unsittlichen Inseraten sprechen, dann nehmen Sie doch einmal die Zentrumsblätter vor, die Inserate enthalten wie: „Ein katholisches Mädchen mit 20 000 Mark kann sich einheiraten“ usw. (Heiterkeit). Das ist auch unsittlich, und wenn Sie die Unsittlichkeit auf dem Gebiete des Inseratenwesens bekämpfen wollen, dann sorgen Sie dafür, daß die Zentrumsblätter sich auf den Standpunkt der sozialdemokratischen Presse stellen und derartige Inserate überhaupt nicht aufnehmen, weil sie unsittlich sind.

Der Herr Abg. Dieterle hat sodann eine eigenartige Auffassung über die Aufgaben des Lehrers vertreten, die dieser in der Religionsstunde zu erfüllen hat. Ich brauche unseren prinzipiellen Standpunkt hier nicht darzulegen. Wir sind der Meinung, daß die Lehrer überhaupt keinen Religionsunterricht erteilen sollten. Das ist Sache des Pfarrers. Der Herr Abg. Schmidt hat gestern gemeint, es entstände eine große Gefahr für den Religionsunterricht und für die Religion,

wenn die Schule von der Kirche getrennt würde. Ich wüßte nicht wieso. Wir wollen es ja der Kirche vollständig frei geben, so viel Religionsunterricht zu erteilen, als sie will. Wir wollen ihr sogar einen vollständigen freien Nachmittag jede Woche zur Verfügung stellen, meinetwegen auch zwei, um Religionsunterricht erteilen zu können. Aber wir wollen nicht, daß er in der Schule erteilt wird, daß hier die Widersprüche in der Kinderseele hervorgerufen werden, wie das heute der Fall ist, und wie sie jeder Einzelne erlebt, der nur ein bißchen darüber nachdenkt. Wir wollen keinen Kampf gegen die Religion. Wir sind vor allem deshalb dagegen, daß die Lehrer den Religionsunterricht erteilen, weil wir wissen, daß heute unter den Volksschullehrern eine ganze Menge sich befindet, die nicht mehr glauben, was sie in der Religionsstunde zu lehren haben, und ich meine, wenn das wahr ist — und Sie können das nicht bestreiten —, so hätten Sie doch ein noch viel größeres Interesse daran, wie wir, vom Standpunkt der Religion aus dafür zu sorgen, daß der Lehrer keinen Religionsunterricht mehr erteilen darf. Denn was soll für die Religion dabei übrig bleiben, wenn ein Lehrer einen Religionsunterricht erteilt, von dem er gar nicht überzeugt ist? (Sehr richtig!) Dabei kann für die Religion nichts Gutes heraus kommen sondern nur Schlechtes, und ein solcher Lehrer wird immer die Religion in der Weise lehren, daß seinen Kindern Zweifel kommen, und er wird auch dafür sorgen, daß, wenn einmal die Zweifel da sind, auch ihre Blicke und ihr Verstand nach anderer Richtung hingelenkt werden. Das könnten Sie alles verhüten, wenn es Ihnen wirklich um die Religion zu tun ist. Aber Sie wollen eben einfach den Zwang; ob er das glaubt oder nicht, ist Ihnen ganz gleichgültig. Genau so wie beim Orgelspiel: ob der Lehrer gerne in die Kirche geht oder nicht, ist Ihnen vollständig gleichgültig, wenn er nur die Orgel spielt! (Seiterkeit).

Der Herr Abg. Dieterle hat sodann gemeint, der künftige Lehrer wisse ja, was ihm bevorstehe, und er könne einen anderen Beruf ergreifen. Nein, das weiß eben ein Junge von 14 Jahren nicht, was ihm bevorsteht, das kann er nicht wissen. (Abg. Dr. Zehnter: Er sieht es doch in jeder Gemeinde!) Aber ein junger Mann von 14 Jahren überlegt es sich doch nicht, ob er in seinem späteren Leben einmal in einen derartigen Gewissenszwang hineinkommt; das erfährt er erst, wenn er Lehrer sein wird, wenn er sieht, wie der Pfarrer glaubt über ihn dirigieren zu können. (Abg. F r i e h a u f: Einsicht in die Strafbarkeit seiner Handlungsweise! Seiterkeit.) Ich sage also, dieser Gewissenszwang sollte vom Lehrer ferngehalten werden dadurch, daß eben nicht der Lehrer sondern der Geistliche den Religionsunterricht erteilt. Und die Geistlichen haben doch auf dem Lande draußen, meine ich, hinlänglich Zeit dazu; denn von einer Ueberlastung der Geistlichen draußen auf dem Lande kann man doch ernsthaft wirklich nicht reden. Sie haben die Zeit, diesen Religionsunterricht erteilen zu können, sie können sogar recht viel erteilen, und wären noch lange nicht überlastet.

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung in bezug auf das, was Herr Kollege Dieterle über die Verhältnisse in Dogern gesagt hat. Er hat erklärt, der Lehrer, der dort nicht in die Kirche gegangen sei, habe damit ein „schreckliches Vergerniß“ erregt. Es müssen noch schöne Zustände in Dogern herrschen, wenn der Lehrer schon Vergerniß erregt, wenn er seiner Ueberzeugung folgt. (Seiterkeit.) Was soll denn der Lehrer in der Kirche tun, wenn er nicht hinein will? Was haben Sie für ein Interesse daran, den Lehrer zu zwingen, in die Kirche zu gehen, wenn er nicht hineingehen will, wenn er die Predigt des Herrn Dieterle nicht anhören will, sondern vielleicht am Sonntag Vormittag lieber hinausgeht

und die schöne freie Natur anschaut und denkt, das ist schöner und besser, als wenn ich die Predigt des Herrn Dieterle höre? (Seiterkeit.) Also ich meine, die Auffassung kann doch nicht stichhaltig sein, daß er damit Vergerniß erregt. Was soll er denn in der Kirche? Das kann doch nicht der Zweck der Religionsübung sein, daß man sie nur des Scheines halber tut und im Herzen und mit dem Gewissen garnicht dabei ist. Aber das ist nun einmal Ihr Standpunkt. Ihnen ist es ganz gleichgültig, ob Jemand etwas glaubt oder nicht, wenn er nur nach außen hin so tut, wenn er nur nach außen den Eindruck erweckt, daß er religiös ist. Infolge davon sind die Massen des Volkes in Wirklichkeit auch gar nicht so religiös, wie Sie es hinstellen. Bei sehr Vielen ist eine reine Heuchelei und reine Uebung, aber keine Herzenssache, und das ist gerade im Interesse der Religion bedauerlich. Ich kann mir sehr wohl vorstellen, daß man wünscht, die Religion soll in unserem Volk einen tiefen Eindruck machen; aber auf die Weise wird man das nicht erzielen, in der Sie das Volk erziehen wollen, durch den Gewissenszwang; denn dieser hat nur die Heuchelei zur Folge.

Noch ein Wort über den Turnunterricht! Ich darf dabei wohl darauf hinweisen, daß der Mangel eines genügenden und guten Turnunterrichts sich später auch beim Militär fühlbar macht. Ein ganz erheblicher Teil unserer Militäruntauglichen ist darauf zurückzuführen, daß die Leute in ihrer Jugend nicht recht Turnen gelernt haben, und wenn wir eine Verkürzung der Dienstzeit anstreben wollen, dann müssen wir eine gute Volksschule, aber auch einen guten Turnunterricht haben; diesen braucht der Bauernjunge und der Ackerknecht, wenn er zum Militär kommt, genau so gut, wie derjenige, der die Stadtschule besucht hat.

Verschiedene Herren haben sich über die Prügelstrafe ausgesprochen, und jeder hat erklärt: Ich bin kein Freund der Prügelstrafe. Er hat aber immer vergessen hinzuzusetzen: Für mich! (Seiterkeit.) Wenn man kein Freund der Prügelstrafe ist, soll man sie auch nicht empfehlen. Beweise sind genug dafür vorhanden, daß es ohne Prügel auch geht. Oder wollen Sie die Behauptung aufstellen, daß die Kinder in der Volksschule von Geburt aus schlechter sind als die Kinder, die die Mittelschule besuchen? In der Mittelschule wird auch nicht geprügelt, es mag sein, daß hier und da einmal ein Lehrer Gebrauch von der Prügelstrafe macht, aber sie ist in der Mittelschule verboten, und wir verlangen das gleiche für die Volksschule. Daß dann hin und wieder, trotz aller Vorschrift, immer noch einmal geprügelt wird, bezweifeln wir gar nicht. Aber es soll nicht gestattet werden durch Gesetz, daß geprügelt werden darf!

Der Herr Abg. B u r c h a r d hat gemeint, es wäre gut, wenn man die Prügelstrafe auch für Erwachsene einführen würde; er hat allerdings nur die Verbrecher im Auge gehabt. Das ist doch ein überwundener Standpunkt! Gaben wir etwa mit der Todesstrafe schon erzielt, daß kein Verbrechen mehr verübt wird, auf das Todesstrafe ruht? Wer etwas derartiges machen will, der psychologisch und sonst dazu veranlagt ist, der fragt nicht, ob die Todesstrafe oder die Prügelstrafe besteht, er macht es einfach, weil er damit rechnet, er wird nicht erwischt. Wenn er dann doch erwischt wird, kostet es ihm eben den Kopf oder die Prügel, aber ein Erziehungsergebnis wird damit nicht erzielt.

Ich möchte mir noch eine Bemerkung gestatten bezüglich der Kreis Schulräte. Wir haben viel zu wenig Kreis Schulräte. Der Herr Abg. Dieterle hat sich gestern darüber beklagt, daß sie zu wenig Prüfungen abhalten, im ganzen Jahre glaube ich nur sieben. Das kann man den Kreis Schulräten nicht verübeln. Diese Leute

sind überlastet. Die Bezirke der Kreisschulvisitationen sind zu groß. Aber auch hier sehen wir, daß die Regierung nichts tut, und das hängt mit allen anderen Fragen zusammen. Die Volksschule ist eben das Aischenbrödel in unserem badischen Staat, und diesen Zustand zu beseitigen, ist eine Aufgabe, an der meiner Meinung nach alle Parteien ohne Unterschied ihrer politischen Richtung sich beteiligen sollten.

Was nützen alle die schönen Worte, die wir hier über die Volksschule verlieren, wenn wir aus diesem bedenklichen Zustande, in dem sich die Volksschule seit vielen Jahren befindet, nicht herauskommen! Ich habe deshalb namens meiner Parteifreunde zu erklären, daß wir bereit wären, alles, was nur irgendwie geeignet ist, diesen Zustand zu beseitigen, zu tun, daß wir insbesondere bereit wären, alle diejenigen finanziellen Mittel zu gewähren, auch wenn sie ganz außergewöhnlicher Natur sind, die erforderlich sind, um diesen Notstand zu beseitigen. Daran sollten Sie denken und die Regierung auffordern, in einem Nachtragsbudget wenn auch keine so hohen Forderungen, wie ich sie vorhin gestellt habe, so doch jedenfalls erheblich größere Summen anzufordern, um den Gemeinden hilfreich unter die Arme zu greifen, damit neue Schulhäuser errichtet werden können, und so die größten Mißstände beseitigt werden, die Anlaß zu diesem Petitionssturme gegeben haben. Wird das nicht getan, dann liegt allerdings die Gefahr vor, daß aufs neue ein Sturm der Entrüstung gegen das neue Volksschulgesetz im Lande entfacht wird, und das wäre nicht zum Nutzen sondern zum Schaden unserer Volksschulen. Deshalb bitten wir Sie, sorgen Sie dafür und in der Richtung, daß endlich einmal energisch vorgegangen wird! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Pfefferle (natl.): Die Geschäftslage und der Wunsch, daß diese Generaldebatte möglichst bald zum Abschluß kommen soll, veranlassen mich, zu verschiedenen Angelegenheiten auf das Wort zu verzichten, die auch ich gerne zur Sprache gebracht hätte. Ich kann das um so eher tun, als noch ein Redner meiner Fraktion auf diese Dinge eingehend zurückkommen wird. Ich werde nun nur zu den Petitionen und Anträgen, soweit sie sich auf den neuen Lehrplan beziehen, einige Ausführungen machen.

Ich kann sagen, daß in unserem Bezirk gegenüber den Erfahrungen, die in anderen Bezirken gemacht worden sind, sich im großen und ganzen der neue Lehrplan in den geschlossenen Landgemeinden des Rheintales mit weniger Schwierigkeiten eingeführt hat als manch andern Orts. Nicht daß ich damit sagen wollte, als ob in diesen Gemeinden der neue Lehrplan nach jeder Richtung hin befriedigt hätte. Durchaus nicht. Insbesondere die große finanzielle Belastung der Gemeinden, die durchaus nicht erwartet worden ist und nach dem einstimmig angenommenen Antrag der Kammer auf dem vorletzten Landtage auch nicht erwartet werden konnte, ist durchaus nicht freudig aufgenommen worden. Weiter hat die Kombination der Klassen doch vielerseits Bedenken hervorgerufen, ob auf die dem Wege eine wirklich bessere Leistung der Volksschule erzielt werden wird. Man hat sich aber im allgemeinen vorläufig damit abgefunden, daß man sich gesagt hat, es ist eine Uebergangszeit, und weil man sich der Hoffnung hingeeben hat, daß es der Schulverwaltung gelingen werde, die herangeratenen Mißstände möglichst bald abzustellen. Andererseits darf nicht verkannt werden, daß die Erkenntnis in immer weitere Kreise bringt, daß auch der einfache Bürgermann wie der Arbeiter ein gewisses Maß von Schulkennnissen besitzen muß, wenn er im heutigen Wirtschaftsleben seine Interessen richtig wahren

will. Das kann man am allerbesten daran erkennen, daß, wenn ein kleineres Landstädtchen oder ein größeres Dorf freiwillige Lehrkurse auf verschiedenen Gebieten einführt, nicht nur die Kinder der besitzenden Klassen sondern auch jene der minderbemittelten Volksklassen diese freiwilligen Kurse besuchen, was ich öfters beobachtet habe, und was gewiß als erfreulich zu bezeichnen ist.

Dagegen muß ich sagen, daß bei Einführung des neuen Lehrplanes in den zerstreut wohnenden Berggemeinden sich Mißstände in größerem Maße herausgestellt haben als in den angeschlossenen Gemeinden der Niederung. Auch in meinem Wahlbezirke sind zwei Gemeinden, Freiamt und Ottoschwanden, aus welchen mir derartige Klagen zugekommen sind. Die Gemeinde Freiamt insbesondere ist eine weitergestreute Gemeinde. Sie hat vier Schulbezirke, und ist außerdem noch in zwei Pfarreien eingeteilt. Eine Anzahl von Schulkindern hat vier, fünf bis sechs Kilometer Weges zurückzulegen, um in die Schule zu gelangen. Der Unterricht ist auf den Vormittag gelegt, und daher kommt es, wie auch schon von anderer Seite dargelegt wurde, daß die Kinder schon um 7 Uhr oder um $1/2$ 7 Uhr morgens von Hause weg müssen, um rechtzeitig in die Schule zu kommen, was besonders in den Wintermonaten sehr hart ist; je nachdem dann die Unterrichtszeit währt, kommen diese Kinder erst wieder um $1/2$ 2 oder $1/2$ 3 Uhr nach Hause zurück, das Mittagessen einzunehmen. Das sind jedenfalls Zustände, die auf die Dauer nicht so bleiben können. Besonders schwierig gestalten sich die Verhältnisse im Winterhalbjahre für die Mädchen, die noch die Industrieschule besuchen müssen. Die Industrieschule schließt sich an den vormittägigen Schulunterricht nach einer Zwischenpause nachmittags an. Die Kinder können aber wegen des weiten Weges zumteil gar nicht nach Hause gehen; diese müssen daher in der Wirtschaft essen, was doch sicherlich ein Mißstand ist, und woraus natürlich den betreffenden Eltern auch noch besondere Kosten erwachsen.

Sie sehen also, daß in dieser Gemeinde wirklich die Verhältnisse besonders gelagert sind, und es ist begreiflich, daß in dieser Berggemeinde der Wunsch hervorgetreten ist, diesen offensichtlichen Mißständen abzuhelfen. Ich habe mit dem zuständigen Kreisschulrat über diese Verhältnisse seinerzeit Rücksprache genommen und habe mich überzeugt, daß er die besonderen Verhältnisse durchaus gewürdigt hat. Er hat mir mitgeteilt, daß er nicht weniger als 3 Stundenpläne ausgearbeitet habe. Der erste Stundenplan, den er aufgestellt hat, hätte die Mißstände in gewissem Grade beseitigt. Allein das wäre nur mit einer großen Anzahl von Ueberstunden möglich gewesen, was natürlich die Gemeinde mit ihren vier Schulbezirken außerordentlich belastet hätte. Die Gemeinde habe deshalb diesen Stundenplan abgelehnt. Bei dem zweiten Entwurf des Stundenplans hätten sich Beschwernisse bezüglich der Einteilung des Religionsunterrichtes ergeben, da diese Schulbezirke eben verschiedenen, zumteil von der Schule weit entfernten Pfarreien zugeteilt sind. Es sei schließlich nichts übrig geblieben, als den jetzigen Schulplan einzuführen, der den Unterricht auf den Vormittag verlegt und nachmittags die Industrieschule einsetzt.

Die Gemeinde Freiamt hat sich aber der Petition der Landgemeinden, die hier vorliegt, nicht angeschlossen, sondern sich an mich gewendet und mich gebeten, ich möchte ihre Wünsche hier im Landtage zur Sprache bringen. Diese Wünsche gehen nach zwei Richtungen. Die Gemeinde hat einmal den Wunsch, daß im Winterhalbjahre der Schulplan auf 18 Stunden festgesetzt werde, also zwei Stunden weniger, als im neuen Schul-

plan vorgelesen ist, und daß weiter die zwei freien Nachmittage wie früher zu einem freien Schultag zusammengelegt werden, damit dann die Industrieschule für diesen Tag eingeteilt werden kann. Ich bemerke besonders, daß die Stundenreduktion nur für das Winterhalbjahr beantragt wurde, woraus hervorgeht, daß diese Gemeinde für die Sommermonate, wo die Tage länger sind, mit der eingetretenen Vermehrung der Schulstunden einverstanden ist. Ich habe auch aus den mündlichen Erörterungen, die ich mit der Gemeindevertretung gepflogen habe, die Ueberzeugung gewonnen, daß diese Gemeinde keineswegs einer allgemeinen Rückkehr zu dem alten verkürzten Schulplane durch Abänderung des Gesetzes das Wort redet; sie hat nur den Wunsch, daß man in billiger Weise auf ihre Schulkinder während der Wintermonate Rücksicht nehme. Auch ich halte diesen Wunsch für einen billigen, dem gewiß auch entsprochen werden kann, und möchte ihm deshalb das Wort reden. Ich glaube, daß es möglich sein wird, auf den Wunsch dieser Gemeinde einzugehen, wenigstens in der Weise, daß man versucht, während der schlimmsten Wintermonate (November, Dezember, Januar, wo die kürzesten Tage sind) eine kleine Verkürzung der Schulstunden eintreten zu lassen; vielleicht ließe sich auch durch Ueberstunden auf anderem Wege abhelfen, indem die Ueberstunden durch die Schulverwaltung auf die Großh. Staatskasse übernommen werden. Die Entscheidung dieser Frage möchte ich der Schulverwaltung überlassen. Ich möchte meinerseits glauben, daß, um das zu wiederholen, der Wunsch, den die Gemeinde hat, an und für sich berechtigt ist, und ich möchte ihn der Großh. Regierung wärmstens empfehlen.

Was nun die Behandlung der Petitionen und der Anträge durch die Petitionskommission anbelangt, so glaube ich, daß die Petitionskommission in ihren Anträgen durchaus den richtigen Weg eingeschlagen hat. Wenn der Antrag der Kommission, der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung, einzelnen Seiten des Hauses zu schroff erscheint, so stehe ich in dieser Beurteilung auf dem Standpunkt, den mein Freund Meyer-Bahr schon gestern dargelegt hat; der Beschluß ist doch nur so zu verstehen, daß man lediglich über den Teil der Petition, den gesetzlich eingeführten neuen Lehrplan nunmehr auf gesetzlichem Wege wieder aufzuheben, zur Tagesordnung übergeben soll. Es wäre doch bedauerlich, wenn diese wesentliche Verbesserung unsere Volksschule, die wir selbst alle einstimmig beschloffen haben, deshalb sollte redressiert werden, weil sich in einer gewissen Anzahl von Landgemeinden Schwierigkeiten herausgestellt haben, die nach meiner Ansicht auf andere Weise behoben werden können. Insofern glaube ich also, daß der Antrag der Kommission berechtigt ist, umsomehr als ja die Petitionskommission alles Material, das ihr zugegangen ist, und worin die verschiedenen Mißstände dargelegt worden sind, der Großh. Regierung überweisen will, und den Wunsch ausgesprochen hat, daß die Konferenz der Kreisräte, die im Laufe des nächsten Monats stattfinden soll, dieses Material prüfen möchte. Ich glaube, damit ist Wohlwollen genug bezeugt. Wenn man der Bevölkerung die Angelegenheit in richtiger Weise darstellt, so wird es (davon bin ich überzeugt) von ihr durchaus nicht verstümmelt empfunden werden. Auch hier wird man sagen müssen, daß der Ton die Musik macht; je nachdem man diese Sache vorträgt, kann sie so oder so aufgefaßt werden. Ich glaube, daß der Weg, den die Petitionskommission eingeschlagen hat, der richtige ist, und werde diesem Antrag zustimmen.

Was den Antrag der Budgetkommission zu dem Antrag Burkhard anbelangt, so werde ich auch diesem zustimmen, weil ich glaube, daß, nachdem die Großh. Regierung in der Kommission ihre Bereitwilligkeit ausge-

sprochen hat, auf dem nächsten Landtag nach der Richtung hin Verbesserungen eintreten zu lassen, auch den hilfsbedürftigen Gemeinden entsprechend geholfen wird. So hoffe ich, daß, ohne daß man in der Einführung des Lehrplans eine Umkehr macht, auch auf dem Wege, den die Schulverwaltung vorhat, die vorhandenen Mißstände behoben werden und daß auf diesem Wege mit der Zeit in der Volksschule ganz gewiß etwas Gutes geleistet wird.

Abg. Fr ü h a u f (frei.): Der Verlauf der Debatte erleichtert mir meine Aufgabe in einer für Sie und mich gleich erfreulichen Weise. Die glühende Hitze, unter welcher der Angriff von jener Seite (zum Zentrum) begonnen wurde, ist infolge des Gewitters vom Regierungstisch aus einer ganz erfreulichen Kühle gewichen (Seiterkeit, Lachen beim Zentrum), und heute regnet und regnet es nur noch auf diesen Antrag des Zentrums, so daß ich fürchte, daß er sich vollständig in sich selbst auflösen und schließlich von den Antragstellern selbst dahin gewünscht werden wird, wo er von vornherein am besten hingehört hätte: in den Papierkorb. Ich glaube, es ist kaum noch dagewesen, daß, nachdem in einer Kommission einstimmig Anträge gefaßt worden sind, nachher, nachdem der Antrag kaum gedruckt war (die Druckerwärze ist noch nicht ganz trocken gewesen), die größte Gruppe Derjenigen, die diesen einstimmigen Antrag haben fassen helfen, einen Gegenantrag in Umlauf setzte, der so ziemlich das genaue Gegenteil von dem sagte, was der Kommissionsantrag im Auge gehabt hat. Eine solche Ueberumpelung wäre ja gefährlich, wenn nicht die Sache, um die es sich auf der Seite Derjenigen, die den Kommissionsantrag zu vertreten haben, handelt, so sehr gut wäre; so gut, daß sie auch durch den unglaublichesten Ueberumpelungsversuch nicht gefährdet werden könnte. Schritt für Schritt haben die Herren von dem Duffnerischen Standpunkt zurückgehen müssen und wenn, wie ich glaube, noch einer von den Herren zum Wort kommt, werden wir erleben, daß selbst hinter die Rede des Herrn Abg. Schmidt-Karlsruhe noch zurückgegangen werden wird.

Wir haben ein Interesse daran, festzustellen und Beweis dafür zu verlangen, wohin bei uns eigentlich der Kurs geht; wir wollen von der Regierung wissen, ob sie auf diesem wichtigen Kulturgebiet, das uns zur Bearbeitung unterbreitet ist, liberal und fortschrittlich gesinnt oder ob sie das nicht ist. Und so lange wir die vom Herrn Kollegen Benedey mit Recht hervorgehobene Beobachtung machen müssen, daß zwei Seelen in der Brust der Regierung wohnen, so lange müssen wir ihr helfen, ihren Seelenkampf auszufechten (Seiterkeit) und zwar nach der Richtung, daß, wie wir hoffen, der Linke über den Rechten die Ueberhand gewinnt (Zuruf aus dem Zentrum: Das ist aber schlimm! — Seiterkeit). Gewiß ist es schlimm (Seiterkeit), gewiß, da haben Sie vollständig recht, und wenn das badische Volk mit uns wäre, so würde bei den nächsten Wahlen dafür gesorgt, daß diesem Seelenkampf ein kurzes und schmerzloses Ende bereitet würde (Seiterkeit). Ich bin überzeugt, daß die Regierung sich im stillen Kämmerlein, vielleicht eines schönen Tages auch uns einmal hier, sagen wird: Wir stehen auf dem Standpunkt des Parallelogramms der Kräfte; so lange das badische Volk 28 Rückwärtskräfte in die Kammer hineinsendet (Zuruf aus dem Zentrum: Und einen Mann vorwärts! — Lebhaftige Seiterkeit) und nur 38 Vorwärtskräfte dagegen, so lange arbeitet der Fortschritt nur mit 10 Kräften, weil 38 bloß 10 mehr sind als 28. Wenn aber das badische Volk bei den nächsten Wahlen ein Dutzend Rückwärtsperde abspannen würde, dann würde der Fortschrittswagen statt mit 10 mit 22 Pferdekräften vorwärts gehen (Seiterkeit), dann würde das Ziel mit

Automobilgeschwindigkeit statt im Schneckenempo erreicht werden (Nachen im Zentrum, Zursufe) Gewiß, es kommt noch! Ich habe schon vor einigen Tagen gesagt, daß unsere Gedanken die Welt erobern, langsam Schritt für Schritt, während Sie beständig an Einfluß verlieren, und heute sehen wir z. B. aus der Zeitung, daß im ungarischen Abgeordnetenhaus (das auch gerade über den Volksschuletat berät) der Unterrichtsminister einen Etat vorlegt, der gegen das Vorjahr $5\frac{1}{2}$ Millionen Kronen mehr verlangt, und der zugleich die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichtes für ganz Ungarn von Staatswegen durchsetzt, wodurch der Staat, wie der Minister sagt, eine „soziale und nationale Ehrenschuld abtrage“. Sagen Sie mir (zum Zentrum) auf der ganzen Welt irgendwo einen Vorgang, wo sie im großen einen ähnlichen Erfolg in Ihrem Sinn zu verzeichnen hätten? Ich sehe keinen! Ich kann aber nach Osten, Ungarn, und nach Westen, Frankreich, verweisen, auf das, was dort vor sich gegangen ist, seitdem wir uns nicht mehr gesehen haben, und ich meine, daß Ihnen so eine Art von Götterdämmerungsummung vorzuweben dürfte, wenn Sie sich mit offenen Augen in der Welt umsehen. Ihre Stimmung ist denn auch eine recht gedrückte (Nachen im Zentrum). Ihr Gelächter wird selbstverständlich so wenig uns wie das Land darüber täuschen! Die Rede des Herrn Abg. Schmidt-Karlsruhe spricht geradezu Bände: Anstatt seinen Freund Duffner herauszureißen, hat er ihn eigentlich in allen wesentlichen Punkten zu dementieren versucht (Zursuf links: Sehr richtig, selbst die Petition hat er preisgegeben, indem er gesagt hat, „in manchen Punkten wäre über das Ziel hinausgegangen“, in welchen Punkten hat er aber nicht gesagt (Zursufe von Zentrumseite); ich habe nie gehört, worin die Petenten zu weit gegangen sein sollten. (Abg. Schmidt-Karlsruhe: Gewiß, ich habe ganz genau gesagt!) Das ist ein Punkt. Aber ich habe gehört, daß die Petenten in manchen Punkten zu weit gegangen sein sollen. Was sollen wir damit nachher in öffentlichen Versammlungen machen? Kommen wir auf den Schwarzwald und sagen, der Herr Abg. Schmidt-Karlsruhe erklärt, in manchen Punkten seien die Petenten zu weit gegangen. . . (Abg. Schmidt-Karlsruhe: Die Punkte habe ich besprochen. Wenn Sie sie nicht gehört haben, kann ich nichts dafür! — Eingreifen des Präsidenten). Nur einen Punkt haben Sie preisgegeben. Wenn wir das in Versammlungen sagen, dann sagen die Zentrumsredner: „Ja, die Punkte, die Sie darunter verstehen, hat der Herr Abg. Schmidt-Karlsruhe natürlich nicht gemeint.“ Und treten wir in Städten auf und sagen: „Sehen Sie, die Herren vom Zentrum treten für alle diese Sachen ein“, dann tritt der Zentrumsredner auf und sagt: „Der Herr Abg. Schmidt-Karlsruhe hat gesagt, in manchen Punkten sind die Petenten zu weit gegangen, und selbstverständlich hat der Herr Abgeordnete Schmidt gerade diese Punkte, die Sie jetzt da bemängeln, vor Augen gehabt.“

So sind Sie eben immer fein heraus und nirgends anzufassen. Das Volk muß aber aufgeklärt werden, daß hier mit doppelten Karten gespielt wird, auf dem Lande anders als in den Städten, damit endlich einmal Klarheit in die Situation kommt und jeder denkende Wähler wenigstens in der Lage ist, seine Stellung unter voller Kenntnis der Tatsachen zu nehmen und nicht bloß auf Grund der einseitigen Informationen, die die Parteipresse vermittelt. Das genügt eben nicht.

In der Frage der Lehrerbildung sind wir jetzt so weit, daß der Herr Abg. Kopf erklären konnte, und ich gebe ihm darin recht, daß die Bildung der Lehrerinnen bei uns unzweifelhaft derjenigen der Lehrer überlegen

sei. Das ist ein schönes Zeugnis für die Bestrebungen der Groß. Regierung auf diesem Gebiet, daß also die Lehrerbildung, die erst kürzlich auf eine neue Grundlage gestellt ist, als eine minderwertige der Bildung der Lehrerinnen gegenüber gekennzeichnet wird, und zwar von einem Herrn, der ganz gewiß in dieser Beziehung sachverständig ist und durchaus nicht etwa überfortschrittlicher Anwandlungen verdächtig ist! Wenn ich dann sehe, daß auf dem Papier seit wenigen Jahren sechs Jahre Lehrerbildung vorgeschrieben sind, während die Leute in der Praxis nicht einmal die früher vorgeschriebene fünfjährige Bildungsperiode durchzumachen haben, sondern vor der Zeit entlassen werden, so brauche ich mich allerdings nachher nicht zu wundern, wenn das Urteil des Herrn Abg. Kopf durch die Erfolge in der Praxis durchaus eine Bestätigung erfahren wird. Ich darf es wohl als ungeheuerlich und in keinem andern Verufe vorkommend bezeichnen. Denken Sie an die Juristen, Ärzte, an Theologen, an Offiziere, denken Sie an welchen Beruf Sie immer wollen; wo Examina abgelegt werden, überall erschwert man die Anforderungen, verlängert man die Ausbildungszeit, und der Bevölkerung gegenüber — das ist die Hauptsache, die Lehrer stehen da für mich vollständig im Hintergrunde — glaubt man es verantworten zu können, Lehrer mit viereinhalb- und dreieinvierteljähriger Ausbildungsperiode mit dem Reifezeugnis zu entlassen, wie das sogar an dem Tage wieder geschehen ist, an dem der Herr Abg. Obftrider als Berichterstatter im Namen der Kommission sich gegen eine derartige Praxis gewendet hat. Er hat damals nur die Verhältnisse vom Dezember 1907 im Auge gehabt, und am selben Tage, an dem er diese Verhältnisse gerügt hat, ist die Bekanntmachung des Oberschulrats erschienen, wonach dieser Vorgang sich jetzt für den Mai 1908 bezüglich der Seminare Ettlingen und Karlsruhe für 35 Schüler wiederholt hat.

Wir sehen also die Regierung hier auf einem sehr bedenklichen Wege, den wir tief beklagen müssen, und ich persönlich habe wohl das Recht dazu, den Herrn Minister daran zu erinnern, daß ich nicht schuld daran bin, wenn die Regierung heute einem derartigen Notstand gegenübersteht. Gätte er damals vor 6 Jahren, anstatt mich einfach hier vor der ganzen Kammer und dem Lande als einen Mann hinzustellen, der übertriebene und unwahre Dinge behauptet, wenn er von Lehrermangel spricht und tausend Lehrer zu wenig im badischen Lande sieht, sich zunächst Mühe gegeben, die tatsächlichen Verhältnisse zu erforschen, dann würde er heute nicht in dieser unliebsamen Weise von den Tatsachen überrast worden sein. Ich anerkenne, daß in der Zwischenzeit sehr viel geschehen ist, um dem Zustande zu begegnen. Aber ich will Ihnen gleich einen dunklen Punkt in diesen Bestrebungen vorführen, an dem Sie hoffentlich nicht vorbeigehen werden. Ich habe schon bei der Mittelschuldebatte auf das Verhältnis zwischen Mittelschülern und ihrem Zugang zu den Lehrerseminaren hingewiesen. Der Herr Berichterstatter hat gemeint, nachdem 60—65 Proz. Mittelschüler zugehen, sei die Befürchtung ausgeschlossen, daß den Mittelschülern, wie ich gemeint habe, in Zukunft der Zutritt zu den Seminaren erschwert werde. Daß wir ein Interesse daran haben, die Seminare beständig in engster Fühlung und damit auch in Kontrolle mit dem Bildungsneue der allgemeinen Mittelschulen zu halten, das brauche ich hier nicht näher auszuführen. Diese 60—65 Proz. Mittelschüler dürften aber eine vorübergehende Erscheinung sein, und zwar deswegen, weil die Regierung im Justizfach, in der Verwaltung und im Eisenbahnsach seit einigen Jahren die Anwärterlisten bekanntlich infolge Ueberfüllung so gut wie geschlossen hat. Deshalb haben die Mittelschüler, die dadurch frei geworden sind, sich nun den Lehr-

minaren zugewendet. Nun kommt aber die Regierung und richtet für drei Volkseminare mit Lahr und Bisingen zusammen vier Vorseminare ein. Ich frage nun nochmals die Groß. Regierung, glaubt sie nicht auch, daß, wenn diese vier Vorseminare in vollem Betriebe sind u. die von ihnen entlassenen Kandidaten, die ja beim Uebergang in die Volkseminare das Vorrecht haben, in der genügenden Anzahl zur Verfügung stehen, dann nicht eben die sämtlichen Volkseminare ausschließlich mit den aus den Vorseminaren hervorgegangenen Aspiranten gefüllt werden, so daß zwar nicht de jure aber de facto den Mittelschülern eine Möglichkeit, sich der Volksschullehrerlaufbahn zu widmen, überhaupt nicht mehr gegeben ist? Diese Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, und sie bekommt eben dadurch ein ganz besonderes Kolorit, daß die Regierung in der letzten Zeit die Verfügung erlassen hat, daß zur Aufnahme in den vierten Kurs das vollendete 17. Lebensjahr erforderlich sein soll. Ich bitte nochmals um Auskunft, was soll diese Bestimmung für einen Zweck haben? Wir wissen doch alle, daß in den Mittelschulen es nicht gerade die besten Schüler sind, die mit 17 Jahren erst das Einjährig-Freiwillige bekommen. Ich wage sogar zu behaupten, daß durchschnittlich die Mittelschüler sich in einem geringeren Alter das Einjährig-Freiwillige erwerben, und ich wage weiter zu behaupten, daß es nicht die schlechtesten Schüler sind, die in einem früheren Alter als mit dem vollendeten 17. Jahre sich das Einjährig-Freiwillige auf der Mittelschule geholt haben. Warum will die Regierung alle diese Schüler, die das 17. Jahr noch nicht vollendet haben, von dem Zugang zu den Lehrerseminaren ausschließen? Das verstehe ich nicht, außer ich nehme eben an, daß die Regierung ebenfalls auf dem Standpunkt steht, Mittelschüler in dieser Zahl in den Lehrerseminaren seien eine vorübergehende Erscheinung, und sie wolle garnicht, daß diese Erscheinung zu einer dauernden werde. Ich will weder diesen Zutritt begünstigen, noch will ich ihn absperrern. Es wäre aber das Vernünftigste, der Entwicklung ihren freien Lauf zu lassen. Aber ebenso wenig, wie ich verlange, daß dieser Zutritt begünstigt wird, ebenso entschieden muß ich mich nun dagegen aussprechen, daß ein solch natürlicher Zutritt, der in den Verhältnissen begründet ist, künstlich unterbunden wird.

Der Herr Oberschulratsdirektor hat dann geglaubt, zwischen der Behauptung des Lehrermangels und der in der Presse und jetzt auch von dem Herrn Kollegen Kolb erwähnte Erscheinung der Ueberfüllung mit Lehrern läge ein gewisser Widerspruch. Das glaube ich nicht. Man kann an einem schreienden Lehrermangel leiden, darüber ist wohl gar kein Streit mehr, und man kann trotzdem der Erscheinung einer Ueberfüllung stehen. Wenn Sie beispielsweise den deutschen Reichstag darauf verweisen wollten, daß er hier in diesem Lokale seine Tagung abhalten müßte, dann ständen Sie auch vor einer Ueberfüllung dieses Raumes mit Reichstagsabgeordneten, obgleich kein Mensch behaupten wird, daß ein Ueberfluß an Abgeordneten bestehe. Ebenso ist es mit den badischen Lehrern. Die badische Volksschule braucht mindestens 1000 Lehrer mehr gegenüber dem Zustande, wie er heute besteht. Daran ist kein Zweifel. Wir leiden aber trotzdem an Ueberfüllung der vorhandenen Schullokale, nicht nur mit Lehrern sondern auch, wie der Herr Abg. Schmidt-Karlsruhe es gestern drastisch geschildert hat, mit Kindern, so daß die Kinder auf dem Boden und auf den Podesten sitzen und schließlich von draußen durch die Fenster werden ins Schullokal hereinsehen müssen (Geisterzeit).

Die 200 000 M., die die Gr. Regierung in den Etat eingestellt hat, um den Bau von neuen Schullokalen

zu beschleunigen, sind ein Tropfen auf einen heißen Stein. Wenn man sieht, daß jede große Stadt in einem Jahre beinahe mehr ausgeben muß für den Ausbau ihrer Schulräumlichkeiten, und sieht, daß der ganze badische Staat, der vor einem Nothstand in dieser Richtung steht, nicht einmal so viel wie Karlsruhe oder Mannheim für eine Budgetperiode aufzubringen vermag, so muß man sich doch fragen, die Groß. Regierung müßte sich auf den Standpunkt stellen, hier muß mit anderen Mitteln eingegriffen werden. Das ganze Haus, ich glaube, auch die Zentrumsparthei, die die Ueberfüllung der Lokale und Ueberbürdung der Lehrer selbst zugibt und beklagt, würde mit uns der Groß. Regierung ihren Dank abstatten, wenn sie im Nachtragsetat dafür sorgen wollte, daß in zwei Jahren mit ganz anderen Mitteln an die Bewältigung dieser dringenden Aufgabe herangegangen werden kann. Ich mache heute schon den Herren Unterrichtsminister darauf aufmerksam, daß es uns durchaus nicht überraschen würde, wenn er in wenigen Jahren käme und sagen würde: „Seht, wie die Herren Fröhlich und Genossen übertrieben haben! Lehrermangel hat es geheißt, und heute sehen wir die Lehrer als Volontäre spazieren gehen!“ Das würde nicht beweisen, daß kein Lehrermangel besteht, sondern würde nur beweisen, daß mit 200 000 M. dem Mangel an vorhandenen Schulräumlichkeiten nicht rechtzeitig abgeholfen worden ist. Ich glaube nicht, daß ein Finanzminister, dem diese Dinge richtig von sachmännischer Seite auseinander gesetzt werden, und dem gegenüber man die nötige Energie entwickelt und sich nicht ohne weiteres zurückziehen läßt, sich der Nothwendigkeit verschließt, einer derartigen Situation gegenüber das Erforderliche zu tun.

Hand in Hand mit dieser Ueberfüllungsfrage geht auch die Frage, der der Antrag Kräuter eine Lösung bringen soll. Ich glaube zwar nicht, daß wir heute erleben werden, daß die Mehrheit dem Antrag zustimmt. Ich weiß auch sehr wohl, daß die Lehrerschaft selbst noch gespalten ist und zum Teil noch auf dem Standpunkt steht: Mit den Mitteln, die uns heute gegeben sind, reichen wir nicht aus; also, da wir mit dem Kopf allein die Schule nicht dirigieren können, müssen wir zum Stock greifen. Aber diesem Teil der Lehrerschaft steht ein nicht unbeträchtlicher Teil gegenüber, der sich verbittet, von einem Züchtigungsrecht der Lehrer zu sprechen und die sagen: Es ist das kein Recht, das uns eingeräumt werden soll, sondern eine ekelhafte Verpflichtung, die uns da auferlegt wird, Scheinerfolge zu erzielen, für die wir weder die Mittel noch die nötige Zeit übrig haben, dadurch daß wir die Trägeren mit Hilfe des Stockes treiben und den Widerstand der widerspenstigen Elemente brechen. Dieser Teil der Lehrerschaft ist im Zunehmen, der andere im Abnehmen begriffen. Es kann kein Zweifel sein, auf welche Seite ich mich stelle. Selbstverständlich werde ich für diesen Antrag stimmen. Wer die Soldatenmißhandlungen bekämpfen will, wer in den Elternhäusern das Gefühl der Hölzerung für diejenigen hervorrufen will, welche noch glauben, ihre Kinder durch Mißhandlung zur Liebe, zum Vertrauen, zu Pflichteifer heranziehen zu können, der muß eben mithelfen, daß der humanen und fortschrittlichen Auffassung die Wege geebnet werden; und da wir kein Recht und keine Möglichkeit haben, in die Elternhäuser hineinzugreifen und dort die Einzelnen zur Verantwortung zu ziehen, die ihr Züchtigungsrecht überschreiten, so müssen wir wenigstens ein Musterbeispiel in der Schule aufstellen und sagen: Wie beim Militär so wird auch in der Mittelschule und in der Volksschule nach dem Grundsatz „gleiches Recht für alle“ die Mißhandlung ein für allemal verboten. Die Lehrerschaft, die glaubt, daß dadurch der Erfolg des Unterrichts beeinträchtigt werde, möchte ich darauf verwei-

jen, daß die Mittel, die dem Lehrer dann zur Verfügung stehen, für alle vollständig die gleichen sind. Wenn der Herr Kollege Wiedemann gemeint hat, es gäbe kein Mittel, um die widerspenstigen und widerfektlichen Schüler zur Rechenschaft zu ziehen, so sage ich, Sie brauchen nur nach dem Vorgang von Mannheim Hilfsklassen einzurichten. Wenn Sie dann den betreffenden Schülern und ihren Eltern androhen, daß der Schüler, der sich beharrlich unbotmäßig, widerfektlich und dergleichen gegen den Lehrer verhält, aus der Normalklasse in die Hilfsklasse für moralisch oder intellektuell schwach begabte Kinder verwiesen werde, so werden Sie tausendfach mehr damit erzielen, als wenn Sie jahrelang mit dem dicksten Stock auf das Kind einschlagen! Und wenn es mit solchen Mitteln nicht möglich ist, zu erreichen, daß ein Kind seine Pflicht erfüllt, dann gehört es dem Arzt überantwortet, dann wäre es unfähig, in einer öffentlichen Anstalt unterrichtet zu werden.

Ein Hauptunterstützungsmittel für diese Züchtigung ist die verderbliche Einrichtung der Lokation. Ich richte nochmals an den Oberschulrat die Bitte, sich nicht auf den passiven Standpunkt zu stellen und es einfach hinzunehmen, wenn eine Gemeinde da oder dort sie abschafft, und keinen Widerspruch dagegen zu erheben. Das ist doch (zum Regierungstitel) schließlich kein Verdienst, das Sie für sich in Anspruch nehmen können! Man darf doch wohl von der obersten Spitze der Unterrichtsverwaltung eine gewisse Direktive in einer geraden auch nach ihrer eigenen Ueberzeugung reif gewordenen Frage erwarten, daß sie den Gemeinden empfiehlt, in absehbarer Zeit, meinetwegen mit Beobachtung eines gewissen Uebergangsstadiums, die Lokation abzuschaffen. Ich bin ausdrücklich noch einmal von einer ganzen Reihe von Lehrern von Karlsruhe und Umgegend gebeten worden, ja zu betonen, daß die Lokation niemals den Richtigen, den Faulen trifft, sondern ausschließlich das fränkliche, über-eifrige Kind, das sich aus Angst vor der Lokation und aus übertriebenem Ehrgefühl, da es seine Kräfte nicht richtig abmessen kann, in einer Weise überanstrengt, die für seine Gesundheit nachteilig ist. Das ist der Standpunkt aller guten Pädagogen und Aerzte, die sich mit dieser Frage beschäftigen haben. Die Lehrer sehen selbst, daß sie gar nicht imstande sind, eine gerechte und zuverlässige Lokation aufzustellen, daß es gar keinen Maßstab gibt, und sehen, wie das Kind mit sicherem Instinkt für diese Ungerechtigkeit die Liebe und das Vertrauen zu seinem Lehrer verliert, und zwar nicht nur etwa die Kinder, die an letzter Stelle sitzen, sondern die Kinder hinauf bis zu dem zweiten, der natürlich sehr häufig bei sich denkt, es ist eigentlich eine Ungerechtigkeit erster Klasse, daß ich der zweite und nicht der erste bin. Wenn ein Lehrer auf diese Weise fühlt, wie der Boden unter seinen Füßen durch eine Sache unterminiert wird, für die er moralisch und intellektuell die Verantwortung nicht übernehmen kann und will, dann ist es Sache der obersten Leitung, einzugreifen, ganz energisch vorzugehen, und zum allermindesten die Gemeinden darauf aufmerksam zu machen und sie dringend aufzufordern, mit dieser Lokation sobald als möglich tabula rasa zu machen.

Wenn von der Rohheit der Kinder gesprochen worden ist, so ist das eine Kurzsichtigkeit und lediglich ein Ergebnis von Nichtbeschäftigung mit den volksschulpflichtigen Kindern. Ich bin fest überzeugt, daß jedenfalls im Verhältnis zu früheren Zeiten von einem Wachsen der Rohheit bei uns nicht gesprochen werden kann. Ich will aber zugeben, daß man heute noch sehr viel tun könnte, um die Rohheit auch in den Kinderseelen schon so schnell als möglich zu paralyzieren und zu unterdrücken.

Wenn beispielsweise in der Religionsstunde gelehrt wird, daß der Erzvater Abraham mit seinem langen Schlachtmesser daran ist, seinen eigenen Sohn Isaak abzuschlachten, und wie er nur im allerletzten Augenblick durch einen glücklichen Zufall an der Ausführung dieses seines löblichen Vorhabens verhindert wird, so ist das allerdings meines Erachtens kein geeignetes Mittel, um die Rohheit in den Kinderseelen zu verringern und durch andere Gedanken und Vorstellungen zu ersetzen. Wenn ich jetzt in einzelnen Blättern, so in der „Freiburger Tagespost“ mit großem Vergnügen gelesen habe, wie ich hier vor 14 Tagen von den Zentrumsrednern Dieterle und Dening abgeschlachtet worden sei (Seiterkeit), ganz langsam, bis mir schließlich der Herr Minister noch den Gnadenstoß gegeben habe, so denke ich, der Mann ist jedenfalls in der Religionsstunde damals, als diese Abraham- und Isaakgeschichte doziert worden ist, mit besonderer Aufmerksamkeit dabei gewesen (Zwischenrufe. — Lachen). Nun befinde ich mich ja heute noch sehr wohl, wie der Isaak sich auch seinerzeit nach dem Schlachtversuch befunden hat, und ich glaube, wir werden noch manche Schlachten miteinander schlagen (Ruf aus dem Zentrum: Na, na!). Ich sage nur, wenn man derartige Geschichten — ich will sie ja Ihnen nicht rauben, dozieren Sie diese einstweilen ruhig weiter — einem kleinen Kinde von 6 Jahren vorträgt, wie der eigene Vater mit dem Messer auf das Kind losstechen wollte, so verbietet das doch, sich so furchtbar zu entfetzen, wenn einmal irgendwo andere Kinder bei Rohheiten betroffen werden. Dagegen sollte man vorgehen, und ich möchte die Anfrage an den Oberschulrat richten, ob er nicht dafür gesorgt hat, in die Volksschulen die Bestrebungen der Tiererschutzvereine einzuführen durch die Verbreitung der ganz vorzüglichen Broschüren und Geschichten des Berliner Tierchutzvereins, die in Massen erstellt werden (Abg. Wiedemann-Bruchsal: Das geschieht in den Städten!). Das geschieht in den Städten, aber draußen, wo es sich darum handelt, die Vogelnester zu schützen und die Haustiere vor unnötigen Qualereien zu bewahren, da geschieht es eben heute noch nicht. Wie gesagt, ich erlaube mir ja gar nicht in den Schulbetrieb hineinzureden, sondern für mich handelt es sich nur darum, daß hier keine einseitige Beschuldigung der Bevölkerung, wie sie hier gefallen ist, um damit die Aufrechterhaltung der Stockstrafe zu befürworten, unwidersprochen hinausgeht.

Die Ueberbürdung, die mit der Stockstrafe zusammenhängt, hat ja der Herr Kollege Jhrig an Zahlen treffend nachgewiesen: diese sind nirgends widersprochen worden, und ich glaube, auch die Regierung kann da nicht widersprechen und wird es nicht tun. Diese Ueberbürdung wird aber nicht, wie es der Herr Abg. Duffner darzustellen versucht hat, etwa von den Lehrern heute als Vorwand gebraucht, um nun gegen den erweiterten Lehrplan aufzutreten, und damit haben sich unsere Volksschullehrer im ganzen Lande ein gutes Zeugnis ausgestellt und haben gezeigt, daß sie von dem wahren Idealismus befeelt sind. So wird diese Ueberbürdung von den Lehrern schweigend und ruhig getragen in der berechtigten Erwartung, daß die Großh. Regierung diese Ueberbürdung nur als einen Uebergangszustand betrachten und mit allen Mitteln darnach streben wird, daß sie so schnell als möglich beseitigt werde. Die Lehrer hätten ja die Möglichkeit, mit Recht heute aufzutreten und sich dagegen zu verwahren, daß sie in direkt unzulässiger Weise überbürdet sind, aber man sieht eben daraus, daß es nicht lediglich die Gehaltsfrage sondern die Frage der Volksschule selbst ist, die für sie hier maßgebend ist. Die

Lehrer sind gerne bereit, mit ihrer idealen Auffassung dafür einzutreten und mehr zu leisten, wenn es von ihnen gefordert wird, wenn sie nur hören, daß es der Volksschule zugute kommt.

Es wundert einen deshalb, wenn von der Zentrums-
partei nicht nachgelassen wird, nun auf die Vertre-
tung der Lehrerschaft in der Presse fort-
gesetzt hinzuweisen in einer eindringlichen, den Charakter
einer Denunziation annehmenden Form. Der Herr
Abg. Kopf hat ganz leise eine Saite angeschlagen, der
Herr Abg. Schüler hat diesen Ton schon verstärkt, und
der Herr Abg. Dieterle ist dann beim Oberschulrat
mit der Tür ins Haus gefallen (Geisterzeit) und hat gesagt:
Haben Sie nun noch nicht erfahren, daß sogar unmittliche
Insinuationen in der Lehrerpresse verbreitet werden, so daß
hier Remedur geschaffen werden muß? Soll denn das
nicht anders werden? Sie wissen ja (zum Zentrum), daß
durch Ihre Bemühungen die Redaktion den Lehrern aus
der Hand genommen ist, und daß heute ein Müller oder
Schulze die Zeitung redigiert (Zwischenruf). Die Herren
hätten aber nur ihre Parteigenossen seinerzeit veran-
lassen sollen, ihre Finger davon zu lassen, dann würden
sie heute noch sehen, daß die Lehrer mit ihrem Namen
und mit voller Unterschrift für ihre Ausführungen ein-
treten; so aber hat der Herr Minister auf Betreiben des
Zentrums die Lehrerredaktion entfernen müssen, und jetzt
beklagen Sie (zum Zentrum) sich wieder darüber, daß
sie sich einem fremden Redakteur gegenüber sehen. Was
wollen Sie nun mit dieser Lehrerpresse? (Abg. Eich-
horn: Ganz verboten!) Das geht ja nicht; wollen Sie
vielleicht die Lehrer mahregeln, die diese Presse halten?
Das wird wohl auch nicht gehen, Sie müssen aber der
Regierung wenigstens einen kleinen Weg angeben; das
kann die Regierung von selbst finden, werden Sie viel-
leicht sagen. Nun, so groß ist mein Vertrauen zu der
Regierung nicht (Geisterzeit), daß es ihr gelingt, das,
was das ganze Zentrum nicht ausfindig machen kann,
den Weg zur Verhütung des Konnexes zwischen der
Lehrerpresse und der Lehrerschaft zu entdecken, denn die
Fertigkeit des Zentrums, derartige Mittel zu entdecken,
ist jedenfalls stärker entwickelt als selbst bei dem rück-
schrittlichen Teil des Groß- Oberschulrats. Daß Ihnen
(zum Zentrum) die Lehrerpresse schwer im Magen liegt,
das begreife ich, ich glaube aber, sie hat in den letzten
Jahren ihre Lebensberechtigung glänzend bewiesen, denn
der Oberschulrat hat keinen Mann gehabt, der die Stati-
stik aufgenommen hat, die badische Lehrerschaft selbst hat
mit Hilfe ihrer Presse die Schulstatistik geleistet, soweit
die Schulinspektionen sie zu leisten nicht imstande waren.
Und wenn schließlich die Regierung sich genötigt gesehen
hat, die von den Lehrern selbst geleistete Arbeit bei der
Bearbeitung der Schulreform und der Lehrergehaltsvor-
lagen zu benutzen, dann sollte man doch davon absehen,
den Lehrern wegen einzelner Ausdrücke, die da vielleicht
Mißfallen erregt haben mögen, nun ihre Lehrerpresse
verekeln und verleiden zu wollen! Uebrigens sind die
Lehrer ausschließlich in der Notwehr gewesen, wenn sie
derartige Ausdrücke gebraucht haben, und mit Recht
glaube ich dem Herrn Abg. Schüler dazwischen geru-
fen zu haben: „Sollen sie es vielleicht machen, wie der
„Badische Beobachter“? In diesem Ton kam die Lehrer-
presse auch . . .“ (Abg. Schüler: Ich habe mich
gegen den Ton beschwert. Den Ton kann niemand ver-
teidigen!). Wenn nun aber, Herr Kollege Schüler, ein
Teil der Lehrerschaft sich abspaltet und, nachdem ein
glänzender Erfolg auf dem Gebiet der Lehrergehalts-
politik erzielt worden ist, den die Kammer einstimmig
hat mit Schaffen helfen, dazu übergeht, die Bestrebungen,
die zum Erfolg geführt haben, als tölpelhaft zu bezeich-
nen, wie gefällt dann, Herr Abg. Schüler, Ihnen ein der-

artiger Ton? Wo in der ganzen Lehrerpresse, soweit
unsere Richtung dafür verantwortlich ist, ist zuerst mit
einem derartigen Ton auf den Plan getreten worden?
Stellen Sie sich vor, Herr Kollege Schüler, der Sie in
landwirtschaftlichen Fragen ein großes Solidaritäts-
bewußtsein mit Ihren Genossen haben, was Sie zu einem
Landwirt sagen würden, der vorgeblich auch für die
Förderung der Landwirtschaft durch die Zollpolitik eintritt,
der aber, nachdem der Zolltarif durchgedrückt ist, sich in
die Büsche schlagen und ausrufen würde: Die tölpel-
hafte Zollpolitik der Zentrumspartei muß bekämpft
werden, weil sie den Landwirten eher schadet als nützt!
Das muß eben Erbitterung bis zum äußersten in den
Lehrerkreisen erregen, und wenn dann scharfe Worte von
der Lehrerschaft gebraucht werden, um derartige Quer-
treibereien zu brandmarken, so handeln sie doch ganz
gewiß in Notwehr. Es ist übrigens durchaus nicht die
Presse allein, die die Herren von der Zentrumspartei
im Auge haben, die da einseitig vorgeht, wie Sie glauben
(was ich übrigens bestreite), es sind auch andere Blätter
allerorts, die von Lehrern herausgegeben werden, die kein
Blatt vor den Mund nehmen. Beispielsweise die „Katho-
lische Schulzeitung für Norddeutschland“ schrieb neulich,
sie müsse bezüglich der Vera Studt heucheln, wenn sie
einem Bedauern über des Ministers Scheiden Ausdruck
verleihen würde — ich bemerke: die „Katholische
Schulzeitung für Norddeutschland“ — „für ihn existierten
die Lehrer nur amtlich, ihre Tätigkeit schätzte er doch
recht niedrig ein, und alle Verbesserungen riefen das Ge-
fühl hervor, als ob sie dem Minister gegen seinen Willen
durch die Verhältnisse abgerungen seien. Deshalb wußte
ihm niemand Dank. Seine Maßnahmen riefen nirgends
ein freudiges Echo hervor. Der Wille des Kultusmini-
sters mag besser gewesen sein; aber die Lehrer sind keine
Gedankenleser, sie müssen nach seinen Taten urteilen.
Alle Bemühungen der Lehrer, ihre soziale Stellung zu
verbessern, fanden bei dem Minister keine Unterstützung.“
Und nun sagen sie noch folgendes, was für uns nicht un-
interessant ist: „Für uns katholische Lehrer spielt noch
ein anderer Gesichtspunkt für die Beurteilung des Kul-
tusministers von Studt eine Hauptrolle. Es ist wie ein
Fluch, daß alle Minister, die einen kirchlich korrekten
Standpunkt einnehmen, eine sehr geringe Energie für die
innere und äußere Förderung der Schule entwickeln.“
(Hört! Hört!) „Dadurch bestärken sie die weitverbrei-
tete Ansicht, als seien kirchliche Treue und reaktionäre
Gesinnung stamessische Zwillinge. Wir erkennen einen
solchen Zusammenhang nicht an und sind daher Gegner
Studts.“ Sie werden mir zugeben, für einen Mann
wie Studt, der doch ganz gewiß alles getan hat, um sich
das Vertrauen der rückständig gesinnten Teile der Volks-
schulinteressenten zu erwerben, ist das ein bitteres Ge-
fühl, in dieser Weise von den katholischen Lehrern in
ihrer Presse angegriffen zu werden. Ich führe dieses Bei-
spiel Ihnen nur an, um Ihnen zu zeigen, wie unrecht
Sie den badischen Lehrern tun, wenn Sie ihnen hier die
paar Ausdrücke, die ich kann sie nicht einmal als unpar-
lamentarisch bezeichnen) bloß nicht für höhere Töchter-
institute berechnet sind, sondern eben für sehr schwer-
hörige Leute mit berechnet sein müssen, als Kriminal-
vergehen anrechnen wollen. Sind Sie doch nicht so
empfindlich! Wenn der Bund der Landwirte, dessen
Ausdrucks- und Agitationsweise Ihnen ja bekannt ist,
Herr Kollege Schüler, bis jetzt das allermeiste erreicht
hat, können Sie es nicht übel nehmen, wenn andere
Leute auf den Gedanken kommen, so muß man es machen
wie der Bund der Landwirte, so muß man auftreten, eine
solche Tonart, solche Ausdrücke muß man gebrauchen, mit
Revision der monarchischen Gesinnung, mit Uebertritt zur
Sozialdemokratie muß man drohen, wie Herr Rupprecht

im Jahre 1892 im Zirkus Busch, dann wird man von der Regierung allerseits gehört und auch berücksichtigt. So liegen die Dinge, wenn man sie vom landwirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet. (Abg. Schüler: Ich meine den Standpunkt nicht, den Sie da mitgeteilt haben!) Das glaube ich, aber Ihre Gefinnungsgenossen! (Heiterkeit).

Wenn der Herr Abg. Dieterle dann die Lehrerpresse als Verbreiterin unsittlicher Inserate schuldig erklärt hat, ohne den Beweis dafür zu erbringen, so richtet sich ein solches Vorgehen von selbst! Er hätte die verdammte Pflicht und Schuldigkeit gehabt, dieses Inserat nun auch sofort zu repräsentieren, so daß man dazu hätte Stellung nehmen können! So geht jetzt die Schnüffelei los, und wenn der Landtag geschlossen ist, geht diese unwahre Behauptung 1½ Jahre lang durch das Land, und bis zu den nächsten Landtagswahlen kann man immer mit dieser grundlosen Verdächtigung fortarbeiten, wie ich sie so lange nenne, als es nicht klipp und klar nachgewiesen ist; das Inserat, das Herr Kollege Kolb vorhin vorgelesen hat, wird wohl keiner von Ihnen als dasjenige bezeichnen wollen, was Herr Kollege Dieterle möglicherweise im Auge gehabt hat. Es ist noch ein Inserat darin: „Bade zu Hause!“ (Heiterkeit.) Ich glaube, das wird wohl auch nicht das gemeinte sein. Es ist zwar allerdings das Baden auch schon gelegentlich für unsittlich erklärt worden, aber soweit sind wir ja in Baden doch noch nicht.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich doch auch bezüglich der Musik, die die Lehrer zu machen haben, ein ernstes Wort an den Oberschulrat richten. Befreien Sie doch die Schulamtskandidaten von der Tierquälerei, so darf man wohl sagen (Heiterkeit), daß selbst unmusikalische Leute gezwungen werden, zu musizieren. Man verbittet sich mit Recht in den Städten und auch auf dem Lande, daß in den Wohnungen musikalische Menschen übermäßig ihre Instrumente in Gegenwart anderer Leute traktieren. Aber wenn sich jemand, der keine Ahnung von Musik hat, herausnehmen wollte, seine Nachbarschaft und seine Mitmenschen damit traktieren zu wollen, daß er ein solches Instrument mißhandelt, da würde ich mich unbekümmert an die Polizei wenden (Heiterkeit), wegen Ruhestörung und Verübung groben Unfugs Anzeige machen (Heiterkeit). Was soll es für einen Eindruck machen, wenn nichtmusikalische Zöglinge in den Lehrerseminaren zum Geigenpiel kommandiert werden und da eine Musik machen, die Steine erweichen und Menschen rasend machen kann? (Heiterkeit). Das kann doch wohl auch der Wille der Oberschulbehörde unmöglich sein, und ich meine, ein solcher Rest aus dem Mittelalter sollte möglichst schnell hinausgesetzt werden. (Zuruf aus dem Zentrum: So etwas kommt ja gar nicht vor!) Es wird aber doch wohl noch vorkommen müssen, wenn alle Zöglinge zwangsweise das Geigenpiel und Orgel lernen müssen — das ist doch so; da muß doch auch ein gewisser Prozentsatz von nichtmusikalischen darunter sein, welche gezwungen werden, eine nicht näher zu definierende Musik zu machen (Heiterkeit). Irgend jemand muß doch schließlich unter den so und so vielen Zöglingen unmusikalisch sein, und wenn ein unglücklicher Musiklehrer gezwungen ist, auch solche Zöglinge zu unterrichten, so kann ihm das eigentlich niemand zumuten! (Abg. Wiedemann: Es gibt aber doch auch Schüler, die absolut keine Anlage zum Zeichnen haben und doch zeichnen müssen! Sonstige Zurufe: Eingreifen des Präsidenten.) Verehrter Herr Kollege, mit dem Zeichenunterricht ist das etwas ganz anders. Wenn jemand keine Anlagen hat zum Zeichnen, wie ich z. B., dann macht er eben seine Schulaufgaben in der Zeichenstunde und schafft sich zu diesem Zweck eine riesige Zeichenmappe an (Heiterkeit), die er

vor seinem Plaze aufstellt und hinter der er sich ver- schont, hinter die gewöhnlich niemand kommt, der ihn zwingt, Zeichnungen zu machen, die er beim besten Willen nicht ausführen kann! Bei der Musik aber kann man nicht so still dabei sitzen, da muß gepaukt, getrommelt, gepiffen und geblasen werden (Heiterkeit), und das hören andere Leute und das wollen sie nicht! Ich hätte nicht gedacht, daß ein Widerspruch gegen eine derartige selbstverständliche Forderung sich erheben würde. Jeder vernünftige Mensch wird mir, wenn er sich die Sache einigermaßen überlegt hat, darin ohne weiteres zustimmen.

Was die einzelnen Punkte betrifft, über die der Herr Minister dem Herrn Kollegen Benedey geantwortet hat, so sind wir in der Frage des § 38 des Elementarunterrichtsgesetzes ganz sicherlich nicht entzückt, daß dieser noch solche Nachwehen hervorzurufen geeignet ist. Der § 38 existiert für die Regierung m. E. gar nicht mehr und für uns auch nicht mehr. Wenn irgend eine Gemeinde sich beikommen lassen wollte, vom Lehrer zu verlangen, daß er etwa als Schnellmaler oder als Amateurphotograph der Gemeinde Dienste leisten sollte, und, falls der Lehrer sich weigerte, sich an den Oberschulrat wenden würde, so würde dieser zweifellos eine solche Eingabe ohne weiteres als ungeeignet zur weiteren Behandlung zurückgeben. Und so liegt es m. E. auch mit dem Orgelspiel. Das geht die Regierung aber auch gar nichts an, ob der Lehrer orgelt oder nicht. Wir haben ausdrücklich bemerkt, es ist freies Vertragsrecht, wenn die Lehrer, die orgeln können, musikalisch sind, in die Kirche gehen wollen und Interesse für diese Dinge haben, wieder ihre Verträge abschließen werden, und die Praxis hat uns ja auch recht gegeben. Wo hat ein Lehrer schikaniert? Aber daß ein Lehrer, wenn er sagt, ich bin nicht musikalisch und ich kann nicht orgeln, dann noch weiter belästigt wird, daß seine Personalakten gefüllt werden, und daß die Regierung sich veranlaßt sieht, ihn überhaupt zu einer Erklärung aufzufordern, das ist m. E. nicht der Zustand, den wir im Auge gehabt haben, als wir den § 38 beseitigt haben (Sehr richtig!). Die Lehrerschaft ist — und das ist das Charakteristische an unserem Fall, und nicht die Frage, ob der Lehrer auf eine gute oder schlechte Stelle gekommen ist — heute berechtigt, zu verlangen, daß ihr Ruhe gelassen wird, was die Frage des Orgelspiels betrifft. Jeder Lehrer draußen im Lande muß fest überzeugt sein, daß die Frage des Organistendienstes nun und nimmermehr Veranlassung dazu werden kann, daß er in dienstlicher Beziehung mit seiner vorgesetzten Behörde sich einzulassen hat. Viele scheuen überhaupt schon diesen Weg, diese Verührung mit der vorgesetzten Behörde. Gehe nicht zu deinem Ferscht, wenn du nicht gerufen werdest! (Heiterkeit), ist ein alter Grundsatz für den Untergebenen, und ich glaube, Sie werden es jedem Lehrer nachfühlen, wenn er sich sagt, es ist besser, der vielbeschäftigte Minister und Oberschulrat hört und sieht nichts von mir als die regelmäßigen Jahresprüfungen und Revisionen. Es ist immer ein unangenehmes Gefühl, ein Schreiben von oben zu bekommen: „Sie werden ersucht, sich da und darüber zu äußern.“ Geb mir drei Zeilen schriftlich von einem Menschen, und ich will ihn an den Galgen bringen, das ist ein ganz bekannter Ausspruch, und der trifft auf gar keine Verhältnisse besser zu als auf den schriftlichen Verkehr mit vorgesetzten Behörden, denn jedes Wort, was da Grund zum Mißverständnis oder irgend welchen Auslegungen gibt, das kann einem zum Strick gedreht werden!

Die Verordnung, die der Oberschulrat gebracht hat über die Ausübung der kirchlich-religiösen Vorschriften mag nach dem Buchstaben des Gesetzes, wie der Herr Minister geglaubt hat, versichern zu

dürfen, unanfechtbar sein. Ich will in eine Nachprüfung über diese Frage nicht eintreten. Gut, wir mögen heute in der traurigen Lage uns befinden, daß der Staat die Hand dazu bieten muß, daß Schüler in vorgeschrittenem Alter gezwungen werden, ihre religiöse Gesinnung zu betätigen durch Handlungen, welche äußerlich erkennbar machen sollen, daß der Betreffende die und jene Ueberzeugung habe, Zustände, die genau ebenbürtig sind der Einsperrung von Minderjährigen in Konvikte. Das sind einfach Kinderverträge, die da geschlossen werden, die einer gesetzlichen Gültigkeit m. E. entbehren, und die Regierung müßte sich auf die Hinterfüße stellen können, und wenn das Gesetz ihr das nicht gestattet, müßte eben eine entsprechende Gesetzesänderung wenigstens versucht werden. Ich glaube, allzuschwer wäre sie nicht. Der Staat müßte sich auf den Standpunkt stellen, daß die Freiheit auf diesem Gebiete für den einzelnen gewährleistet wird.

Der Herr Abg. Dr. Behnter sagte, der Junge, der in das Seminar eintritt, weiß, was ihm bevorsteht. Ja um Himmelswillen, wer von uns hat denn mit 14 Jahren eine Ahnung gehabt, daß er möglicherweise z. B. in diesen oder jenen Beruf später einmal eintreten würde, wenn er die Mittelschule absolviert haben wird? Das sind die allerwenigsten Mittelschüler, die das wissen. Wie ist jemand in der Lage, mit 14 Jahren zu unterschreiben, daß er in 10 oder 15 oder 20 oder 30 Jahren noch kirchlich-religiös gesinnt ist, und daß er bereit ist, ohne Gewissenszwang und Gewissensnötigung die Vorschriften über die Ausübung einer bestimmten Religion zu erfüllen! Das kann ein 14-jähriger Junge ganz unmöglich beurteilen! Es wird eben dadurch die abschauliche Zwangslage für den einzelnen geschaffen, daß er später, wenn er die Ueberzeugung nicht beibehält, die ihm ursprünglich vorgeschwebt hat, als er mit 14 Jahren sich entschlossen hat, entweder seine Ueberzeugung mit Füßen treten und heucheln muß, oder auf materielle Vorteile verzichten muß. Und bei diesem Konflikt mag zu kurz kommen, was will, der innerliche moralische Halt des betreffenden Mannes ist dann gebrochen, außer es gelingt ihm, durch übergroße Anstrengungen die materiellen Vorteile wieder auszugleichen. Aber selbst unser Kollege Dr. Beygoldt hat in seinem ergreifenden Nachrufe, der uns unterbreitet worden ist, gesagt, daß dieser fortgesetzte Kampf zwischen materiellen Opfern, übergroßen Opfern auf der einen Seite und dem Bestreben, seine Ueberzeugung festzuhalten auf der anderen Seite, eben doch einen Mißton auch im stärksten Kämpfer hinterläßt, der sich wie ein Meltau auf seine Bestrebungen im ganzen legt, und davor sollte man den Lehramtskandidaten unabweislich bewahren können. Ich meine, derartige Zustände schreiben förmlich nach dem Vorschlage, den wir Ihnen schon wiederholt gemacht haben, der endlichen Trennung der Kirche von der Schule, und schließlich auch der Kirche vom Staate. Wir wollen nicht, was Herr Dieterle uns vorgeworfen hat, die antikirchlichen Bestrebungen unterstützen, sondern wir verlangen nur eine reinliche Trennung. Wir sind bereit, einen vollen Wochentag, wie in Amerika den Samstag, in Frankreich den Donnerstag, der Kirche und ihren Interessen, für kirchlichen Unterricht und für kirchliche Übungen aller Art, zur Verfügung zu stellen, ebenso wie den Sonntag. Die übrigen fünf Tage aber sollten ausschließlich der Schule und der Ausbildung gewidmet werden, und da sollte eine derartige Verquickung nicht mehr möglich sein, damit Gewissenszwang und Gewissensnötigung demjenigen, der in diesen Dingen nicht die Ueberzeugung teilt, die vorausgesetzt wird, erspart bleiben. Deshalb freue ich mich auch, daß der Herr Kollege Jhrig diesen Antrag auf simultane Lehrerseminare eingereicht, und das Beispiel, das er ge-

bracht hat, hätte dem Herrn Minister wohl Veranlassung geben dürfen, diesem Antrag gegenüber eine etwas andere Haltung einzunehmen.

Der Herr Kollege Dieterle hat vor wenigen Tagen erklärt, daß der Forderung, die ich damals bei der Mittelschuldebatte aufgestellt habe, dieser Forderung einer „Einnämmerfraktion“, die Forderung der „Acht- und zwanzigmännerfraktion“ gegenüberstehe, diesem Antrag nicht stattzugeben. Nun sehen wir gerade bei dem vorliegenden Antrag, daß aus dem einen Mann eine Fraktion geworden, die (zum Zentrum) stärker ist wie die Jhrige. Sie sehen daraus, daß es für mich gar keinen Zweck hätte, mich von den Apostrophierungen, die die Herren Dieterle und Hennig an mich gerichtet haben, entnütigen zu lassen. Ein guter Gedanke, auch wenn er von einem Manne ausgesprochen ist, kann doch einen Antrag von 38 Mann hinter sich haben, und die 28 können schließlich noch überstimmt werden (Abg. Koppf: Abwarten!).

Bedauerlich ist, wenn die Antwort der Großh. Regierung durch den Herrn Unterrichtsminister so ausfällt, daß die 38 Männer, die hinter dem Antrag stehen, vollständig unbefriedigt bleiben und nur eine Einnämmerfraktion Beifall zu rufen in der Lage ist. Ausschließlich der Herr Abg. Dieterle ist es gewesen, der bei der Antwort des Herrn Staatsministers über die simultanen Lehrerseminare Bravo gerufen hat. Die Sache hat sich also umgekehrt, der eine Mann steht jetzt auf der andern Seite, und die vielen Männer stehen auf dieser Seite, und der Herr Minister steht dazwischen und ergreift nun die Partei des einen Mannes. Mindestens sind die Erklärungen des Herrn Ministers so, daß sie nur den Beifall dieses einen Mannes ausgelöst haben.

Sieht denn der Herr Minister nicht auch, daß es mindestens schon ein Schönheitsfehler ist, daß in einem Staat, der vierzig Jahre lang die simultane Schule hat, die Lehrer in Anstalten herangebildet werden, die zwar nicht de jure aber de facto konfessionell geleitet sind, Anstalten, welche zu derartigen bedenklichen Auftritten führen, wie der Herr Kollege Jhrig einen erwähnt hat, mag er sich nun im einzelnen so oder so abgespielt haben? Derartige ist unzweifelhaft zu vermeiden im Interesse der Schule und der Ausbildung der jungen Lehrer. Derartige Angriffe einer Lehrperson auf die andere sollen sich nicht in der Unterrichtszeit abspielen, diese Kämpfe gehören außerhalb der Schule ausgefochten; dort mag über protestantische und katholische Auffassung der Pädagogik gestritten werden, aber nicht innerhalb der Schule, denn das geht auf Kosten der Schule!

Ich hoffe deshalb, daß der Herr Minister seine Stellungnahme zu diesem Antrag einer Revision unterziehen wird, wenn er sieht, daß derselbe mit großer Mehrheit angenommen wird; ich hoffe, daß er uns die Freude bereiten wird, daß uns in zwei Jahren die Lehrerseminare ebenso wie die Volksschule als rein simultane Anstalten vor Augen stehen. Sollte das aber nicht der Fall sein, so würden wir in der Auffassung bestärkt werden, die sich uns bei dem § 49 aufgedrängt hat, daß die Regierung gegenüber den Ansprüchen des Klerikalismus hinsichtlich seines Einflusses auf den inneren Schulbetrieb im Zurückweichen begriffen ist (Lachen beim Zentrum). Der frühere Herr Oberschulratsdirektor Dr. Ursperger hat hinsichtlich des § 49 eine ganz andere Sprache geführt und einen ganz anderen Standpunkt eingenommen, als das der Herr Minister tut, und es gibt ja doch keine Ruhe von der anderen Seite, bis erklärt werden kann, daß der § 49 so lange gestreckt und gezerrt worden ist, bis der status quo ante richtig wieder hergestellt ist. Oder sagen Sie mir eine Konzeption, die die Kirche, die der Klerus hinsichtlich des

Schulbetriebs gemacht hat, dann will ich mich zu einer andern Auffassung befehren. Wenn man das sieht, dann kommt man eben zu der Auffassung, daß hier die Unterrichtsverwaltung eine bedauerliche Schwäche an den Tag gelegt hat. Ich hoffe, daß diese Auffassung dem Herrn Minister Veranlassung geben wird, die Frage des § 49 nicht etwa als gelöst zu betrachten, denn sonst müßte in uns der Eindruck erweckt werden, daß es im Lande Baden schon dahin gekommen ist: Ueber allen Wipfeln ist Ruh, von dem Minister hörst du keinen Hauch; der Klerus regiert die Schule, wa te nur, balde — regiert er uns auch (Heiterkeit).

Nun hat der Herr Kollege Zehnter den viel besprochenen Antrag gestellt, und der Herr Kollege Schmidt-Karlsruhe hat auf meine Frage: Wer ist denn nun eigentlich der Urheber dieses Antrags, wer hat denn dieses Zeug (Heiterkeit) zusammengeschrieben, geantwortet, der Oberschulrat sei der Urheber (Abg. Schmidt-Karlsruhe: Habe ich nicht geantwortet!). Aber... (Abg. Schmidt, sehr erregt: Nein, das ist nicht wahr! Heiterkeit. Abg. Eichhorn: Duffner!) Der Herr Kollege Duffner hat das geantwortet; nun das ist ein großer Unterschied (Heiterkeit). (Abg. Wiedemann: Urheber der Petitionen hat die Frage geheißen!) Ich habe gesagt: Wenn eine Petition ins Haus kommt, nimmt man an, es steht Jemand dahinter, es hat Jemand eine geistige Leistung vollbracht, und man sieht dann, weß Geistes Kind sie ist. Darnach habe ich gefragt: Oder ist denn das ein fauler Witz, was der Herr Kollege Duffner gesagt hat? (Abg. Dr. Schöfer: Der glaubts wirklich!) Ich glaube doch nicht, daß wirklich in der Lammstraße diese Petition zu Papier gebracht worden ist. Das wäre ein mehr als starkes Stück (Heiterkeit). Diese Antwort gibt lediglich der Unmöglichkeit Ausdruck, überhaupt denjenigen zu nennen, der diese Petition entworfen und verfaßt hat. Es ist eine anonyme Petition, die Herrn Hambrecht unterbreitet worden ist, der in seiner Gutmütigkeit, vielleicht nach einem guten Festessen (Heiterkeit), dazu übergegangen ist, mit seinen Kollegen vom Gemeinderat dieses Schriftstück, das an den Oberschulrat gerichtet werden sollte, wie so und so viele andere Gemeinderatsbeschlüsse auch zu unterschreiben und dann abzuschicken, ohne daß die Herren sich den Kopf zerbrochen gehabt haben. Im günstigsten Falle ist es gegangen, wie der Herr Kollege Burkhard das sehr treffend geschildert hat, daß die Leute, wenn sie gehört haben, der Staat solle etwas an den Mehrlasten zahlen, die der Gemeinde auferlegt werden, und nicht die Gemeindeumlage solle steigen, gesagt haben, damit sind wir Alle einverstanden, und dann das Schriftstück unterschrieben haben. Aber von diesen zweihundert Gemeinden sind noch keine zwanzig, die in der Mehrzahl ihrer Einwohnererschaft intellektuell hinter dieser Petition stehen. Das ist meine feste Ueberzeugung! Diese Petition ist von fremder Hand geschrieben, von fremder Hand verfaßt, von fremder Hand an Herrn Hambrecht eingekandt worden. Vielleicht weiß Herr Hambrecht selber nicht, woher er sie bekommen hat; la recherche de la paternité est interdite.

Ich glaube allerdings, daß wir es hier mit einer Kraftprobe des Zentrums im Hinblick auf die kommenden Wahlen zu tun haben; die schwarze Penelope hat sich gesagt: Die Arbeit, die wir vor zwei Jahren haben mitgeschaffen helfen, gehört zum guten Teil so schnell wie möglich wieder aufgelöst, und wir wollen einmal sehen, wie viele Leute im badischen Lande auf diesem Standpunkt stehen. Und als die Herren gesehen haben, daß von etwa 1570 Gemeinden 200 zu haben waren, die da bereit sind, zu unterschreiben, da sind sie zwar nicht übermütig geworden, aber sie haben immer-

hin gedacht, das ist schon ein ganz netter Anfang, da kann man einmal versuchen, damit an die Kammer zu gehen, vielleicht ergeben sich noch eine Anzahl weiterer Petenten. Die Bestrebungen sind ja trampschaft gewesen, noch weitere Petitionen an den Landtag in Einlauf zu bringen. Die Zentrumsparthei hat sich offenbar gesagt: Noch ein solcher Kampf wie den vor drei Jahren, und die Herrschaft des Zentrums in Baden ist in unabsehbare Ferne gerückt (Abg. Kopf: Das ist wieder sehr viel Fantasie!). Allein das ist doch nicht der Erfolg, den wir uns von der 20jährigen Vernachlässigung der Volksschule versprochen haben! Wir haben geglaubt, das badische Volk ist doch in unserem Sinne etwas reifer geworden. Nun hat die schwarze Hexe aus dem Küchenhäuslein das badische Volk einmal das kleine Fingerglied zum Sitter herausstrecken lassen, um zu sehen, ob es schon fett genug geworden ist, um bald in der schwarzen Hegenküche gebraten zu werden (Große Heiterkeit). Dieser Petition gegenüber wäre es ein Leichtes, 400 Gemeinden beizubringen, welche im Gegenteil auf dem Standpunkt stehen: Fort mit der Halbtagschule, die Ganztagschule muß eingerichtet werden! Gehen Sie einmal an die heffische Grenze! (Abg. Kopf: Bringen Sie doch einmal solche Petitionen! Abg. Eichhorn: Das ist gar kein Kunststück!). Würden Sie sich dann freuen oder ärgern, Herr Kollege Kopf? Das wissen Sie noch nicht ganz genau, nicht wahr? (Heiterkeit) Es muß erst ein Fraktionsbeschluss darüber herbeigeführt werden, wobei sich der Herr Kollege Wiedemann der Stimme enthalten würde (Heiterkeit). Gehen Sie einmal an die schweizerische Grenze, gehen Sie einmal an die heffische Grenze, wo die Leute auf badischer Seite die Schule der Nachbarstaaten vor Augen haben! Da sehen Sie das traurige Schauspiel, daß unsere Leute die Kinder über die Grenze zur Schule schicken. Die Bauern schicken ihre Kinder hinüber, weil sie die Nachteile der badischen Halbtagschule genügend kennen und den Schaden fürchten gelernt haben, der ihren Kindern für die Zukunft im praktischen Leben daraus erwächst. Wenn Ihnen das Spaß macht, wollen wir den Versuch machen, bis zum nächsten Landtag eine Gegenpetition einzubringen. Wenn wir aber mehr Gemeinden zusammenbringen, sind Sie dann bereit, mit uns für die Ganztagschule einzutreten? (Abg. Kopf: Nicht für alle Gemeinden!). Umsonst wollen wir uns die große Arbeit doch nicht machen. (Abg. Dr. Schöfer: Eine große Arbeit allerdings! Diese Petitionen kamen ohne Arbeit, sogar gegen unseren Rat kamen sie! Zustimmung im Zentrum.) Wir müßten diese Arbeit aus eigener Kraft leisten, Sie aber haben Ihre vom Staat aus Gemeinschaftsmitteln bezahlten Mitarbeiter in jeder, auch der kleinsten Gemeinde sitzen. In dieser glücklichen Lage bin ich allerdings nicht und meine Gesinnungsgenossen auch nicht. Wir sind vollständig auf unsere eigene Kraft angewiesen und müssen es auch auf eigene Kosten tun.

Diese Petitionen bedeuten also einen Frontangriff auf die halbwegs liberale Schulpolitik der gegenwärtigen Regierung (Lachen im Zentrum), zugleich ausgeführt als Rekognoszierungsrütt, um die Stimmung, nicht hier in der Kammer (die war Ihnen bekannt), sondern im badischen Lande zu erforschen. Interessant für Sie ist nur das Echo, das aus dem Lande auf diesen Frontangriff antwortet wird. Nun, ich glaube, Sie werden sich hier schwer täuschen, denn nicht eine Abneigung gegen erweiterte Ausbildung geht durch das Volk, sondern ein Hunger nach weiterer Bildung (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), ein Schrei über das ungerechte Vorenthalten der Teilnahme an den Wohlthaten der höheren Ausbildung, insbesondere der allgemeinen Bildung, nicht bloß der Fachbildung, wie das der Herr

Kollege Duffner als das einzig Erstrebenswerte hin-
stellen zu müssen geglaubt hat.

Deshalb kann dem Zentrumsantrag meines Erachtens
nicht scharf genug entgegengetreten werden, und es ist
vollständig richtig, was der Herr Kollege Nebmann ge-
sagt hat, es würde zu weit führen, sich in Wortklauberei
über einzulassen, inwieweit dieser Antrag mit dem
Inhalt des Kommissionsantrages sich deckt oder nicht. Der
Inhalt dieses Antrages ist durch das, was ich am Ein-
gang ausgeführt habe über seine Entstehung, die ein-
zelnen parlamentarischen Unikum bedeutet, und dann insbe-
sondere durch die Rede des Herrn Kollegen Duffner
deutlich gekennzeichnet. Der Herr Kollege Duffner hat
eine schwarze Kage aus dem Saal gelassen (Heiterkeit).
Wir haben da gesehen, wo der Weg hinführt. Er hat
es dem Vollen gesprochen. Er hat gesprochen, als
wäre er sich in der Mitte seines Wahlkreises unter den
Füßen seiner Wähler befände. Er hat so gesprochen,
wie man sah, endlich einmal wird dieser Mann warm;
es ist seine innerste, wirkliche Ueberzeugung; da würde
mit Hand und Kopf dabei sein, wenn es an die
Verwirklichung dieser Ideen ginge. Bis jetzt habe
ich immer bloß so als den glatten, höflichen, kühl-
rechnenden Mann kennen gelernt, der jedes Wort und
jede Bewegung ganz genau in seiner Gewalt hatte.
Dem Tag aber hat einmal das Herz des Herrn
Kollegen Duffner in allererster Linie und nicht aus-
schließlich bloß sein Kopf gesprochen. (Abg. Kopf: Sehr
richtig!) Deswegen haben wir hineingesehen in dieses
Herz, und was haben wir nun da gesehen? Die
Neigung gegen die Erweiterung der allgemeinen
Schule, diese Abneigung gegen die Ausdehnung des
Unterrichts in unseren Volksschulen, was ist das
sonst als das Bestreben, anstelle von selbständig
denkenden und prüfenden Wählern Stimmvieh heranzu-
bringen, das überhaupt verlernt hat, selbständige Gedanken
zu bilden oder auch nur aufzunehmen zu können?
Sind Sie ja, daß wir in den Städten die un-
erträglichen Schullasten nicht deshalb tragen, weil wir da
Spaß treiben wollen, sondern weil wir unsere
Kinder vor dem Versinken in diesen Sumpf zu be-
wahren uns bemühen.

Man sagt der Herr Kollege Schüler: Aus dieser
Schule sind hervorragende Menschen hervorgegangen, aus
dieser Schule, die bis jetzt bestanden hat. Das gebe
zu. Aus welcher Schule sind noch keine hervor-
ragenden Menschen hervorgegangen, wenn Sie über
30 Jahre hinwegsehen? Das ist doch der Maß-
stab, nicht, sondern der Maßstab ist der Durchschnitts-
wert, und da verweise ich Sie auf einen Artikel des
„Delberger Tagblatts“ vom 11. Mai, das mit Recht
sagt, daß die Flucht vom Lande durch nichts so
begünstigt wird als durch die Vernachlässigung der
Schule und den Zwang, daß jeder Schüler, wenn
er sich nur entfernt die Möglichkeit vor sich sieht, sein
Leben zu einer nützlichen Entfaltung zu bringen, in die
Landes- und Provinzstädte übergehen muß, und diese ist auf dem Lande
schwer zu finden. Es sind aber unter 100 wenigstens
50, die sehr gern in einer tüchtigen Volkshoch-
schule, wie sie unsereinem vorschwebt, bleiben würden,
die Volksschule eben nicht nur eine Tagelöhner-
schule, sondern eine Schule zur Ausbildung des Menschen
ganz wäre. Deshalb tun Sie sich auf dem
Lande den schwersten Schaden mit Ihren Bestrebungen
für die Entwicklung der Schule künstlich hintanzuhalten
und sie gar zurückzuschrauben (Abg. Schüler: Das
ist wir absolut nicht, wir wollen sie nicht hintanzuhalten.
Wir wollen sie nicht zurückdrehen, was ich will!). Wenn man
20 nur 16 Unterrichtsstunden einführen will in den
Ländern, um die es sich hier handelt, insbesondere in
den Hirtenschulen, so ist das doch ein Zurückdrehen!

(Abg. Schüler: Lesen Sie doch meine Rede und
meinen Antrag! Wir bekämpfen die Mißstände, sonst
garnichts! Eingreifen des Präsidenten). Die Rede des
Herrn Abg. Schüler deckt sich durchaus mit dem Antrag,
und der Antrag hat als Charakteristikum das Bestreben,
nach Möglichkeit den Gemeinden Freiheit in der Richtung
zu lassen, den jetzt bestehenden Volksschullehrplan von 20
auf 16 Stunden herunterzuschrauben. (Sehr richtig!
links.) Anders kann dieser Antrag und kann die Rede
des Herrn Abg. Schüler unmöglich verstanden werden,
und darin ist wohl auch nach Auffassung des Herrn
Kollegen Schüler, der sich ja selbst vor 2 Jahren für
eine Erweiterung der Volksschullehrstunden ausdrücklich
ausgesprochen hat (Abg. Schüler: Das tut er heute
noch), doch unzweifelhaft die Verschlechterung eines
großen Bruchteiles unserer Schulen zu erblicken. (Abg.
Schüler: Nicht wahr!). Wenn in einem einzigen Bezirk
wie Neustadt, wie behauptet wird, 10 Prozent der
Kinder von diesem Antrage betroffen werden — etwa
10 Prozent sollen Hirtens- oder Hülfeinder sein —, so
kann man sich ein Bild machen, wie ein derartiger
Vorgang als Musterbeispiel benutzt werden würde,
um die Gemeinden durch das ganze Land hindurch
weiter und weiter aufzuregen und nicht nachzulassen,
als bis diese fakultative Einschränkung auf 16 Stunden
jeder, auch der letzten Gemeinde des gesamten Landes
wieder in den Schoß gelegt würde. Gegen derartige
Bestrebungen muß man sich verwahren. Was in
ganz Deutschland möglich ist, wenn in unseren Nachbar-
staaten Württemberg, Elsaß-Lothringen und Hohenzollern
sogar noch viel mehr geleistet wird, das soll bei uns
nicht möglich sein, ja es soll bei uns in Baden noch
ein Zurückgehen hinter die unterste Grenze, die wir
bis jetzt beobachtet haben, eintreten. Das verstehe, wer
kann, wenn es nicht so erklärt werden soll, daß eben
wieder zurückgeschraubt werden soll. Diese Hirtenschulen
können unter Schonung der Verhältnisse betrieben werden,
das hat, glaube ich, Herr Kollege Jhrig schon richtig
gesagt; sie können auf 18 oder 16 Stunden im Sommer
zurückgesetzt werden, wenn sie dafür bereit sind, im
Winter die entsprechende Stundenzahl nachzugeben zu
lassen. (Abg. Schüler: Das habe ich in meiner Rede
wörtlich gesagt!) Das steht aber nicht im Antrag!
(Abg. Schüler: Man kann doch nicht alles in den
Antrag schreiben!) Sie haben auf Ihren Antrag und
Ihre Rede verwiesen; der Antrag ist aber die Haupt-
sache. (Abg. Schüler: Ich habe den Antrag doch auch
begründet! Abg. Kopf: Der Antrag spricht von weit
zerstreuten Gemeinden aber nicht vom ganzen Lande, wie
Sie es jetzt gesagt haben!).

Wenn aber Ihr Antrag durchginge, würde dieser Er-
folg andere Gemeinden anspornen, in zwei Jahren auch
mit dieser Bitte zu kommen, und das solange, bis jeder
einzelnen Gemeinde im Lande erlaubt wäre, über die
Erweiterung der Unterrichtszeit selbst zu befinden. Da-
mit wäre aber der status quo ante wieder hergestellt,
und das ist Ihr Wunsch. Das ist meine feste Ueber-
zeugung, nachdem ich den Herrn Abg. Duffner in der
geschilderten Weise habe reden hören. Alle Klagen, die
vorgebracht worden sind, haben mit dem neuen Lehrplan
gar nichts zu tun, sie haben vorher auch schon bestanden,
der Schulweg und all die anderen Zustände. Und wer würde
den Gemeinden etwas in den Weg legen wollen, wer würde
nicht ohne weiteres zustimmen, daß Gemeinden mit be-
sonders schwierigen Schulverhältnissen, die sich eine
Staatsunterstützung verschaffen wollen, unter die Arme
gegriffen würde, um ihren Schülern den Besuch der
Schule bei schlechten Witterungsverhältnissen zu erleich-
tern? Aber mit Recht ist gesagt worden, die Gemeinden
sollen erst beweisen, daß es ihnen um den Besuch der
Schule auch wirklich zu tun ist. Wenn jetzt die Leute

den Kindern, die vielleicht eine Stunde lang im Regen marschieren sind, zumuten, in ihren nassen Kleidern eine halbe Stunde in der ungeheizten Kirche zu sitzen, wenn die Leute sich nicht scheuen, die Schüler in dieser Weise der Gesundheitschädigung auszusetzen, da muß man sagen, Gemeinden, die so wenig für ihre Schulkinder besorgt sind, sind nicht so zart besaitet, daß sie sich beschwert fühlen durch die Anstrengungen, die die Schulkinder in den geheizten Schulstuben durchzumachen haben. Das muß andere Gründe haben.

50 Mark, sagt der Herr Kollege Schüler, sollen die Hüttekinder verdienen können. Ich habe aber auch schon ein solches Büllein angetroffen und es gefragt, und es hat gesagt: „Driftig Mark und einen Anzug und die Schläg umsonst“ (Heiterkeit). Ich will aber zugeben, daß auch 50 Mark bezahlt werden. Mehr als diesen Betrag müssen aber die Eltern des Hüttekindes gegenüber den Leuten in der Schweiz infolge der Getreidezölle auf ihre Haushaltung legen; die Verteuerung der Lebensmittel macht mehr aus. Deshalb würde ich mich auch nicht fürchten, mit dem Herrn Abg. Schüler in diese Gemeinden hineinzugehen und unseren gegensätzlichen Standpunkt zu entwickeln. Ich würde den Leuten ausrechnen, was sie infolge der Verteuerung der notwendigen Lebensmittel mehr auszugeben haben, und würde sie fragen, ob sie diese Verteuerung wettgeschlagen erachten, indem sie ihre Kinder in einen solchen Dienst hineinschicken, wie ihn der Herr Kollege Ihrig unwiderprochen geschildert hat. Das Zentrum, das in Sozialpolitik sonst so vorgeschritten zu sein behauptet, das müßte ja den Vortritt nehmen, wenn es sich darum handelte, Kinderschutzgesetzliche Bestimmungen zu schaffen, wenn es sich darum handelte, Kinder wenn nötig gegen die eigenen Eltern zu schützen, gegen den Mißbrauch der Kinder und die Gefährdung ihrer Gesundheit. Niemand, der im Saale hier anwesend ist, würde es seinen eigenen Kindern gegenüber verantworten können, sie wegen 50 M. in einen solchen Dienst hineinzubringen. Dann sollte man es aber auch fremden Kindern gegenüber nicht tun! Als die Fleischverteuerung besprochen wurde, hat man gesagt, wenn die Bauern bessere Preise bekommen, können sie auch ihre Dienstboten besser bezahlen. Hier wäre Gelegenheit gegeben, diesen Auswüchsen im Hütewesen zu Leibe zu gehen. Denn daß auf die Dauer diese Zustände nicht erhalten werden können, müssen die Landwirte da oben auch wissen. Das kann keine 50 Jahre mehr gehen, bis sich das letzte Hütetind in die Stadt verflüchtigt hat, und dann die Bauern genötigt sind, sich anders einzurichten. Wie sieht es in der Schweiz aus, sind da die Kinder auch bei jeder Kuh und bei jeder Gais draußen und verblöden? (Abg. Kopf: Sie verblöden gar nicht!) Dort werden kolossale Einzäunungen gemacht, in die das Vieh hineingetrieben wird, darin läßt man es springen, und abends wird es wieder abgeholt. Dort sind die Hüttekinder den Tag über frei. Ähnliche Auskunftsstellen könnte man auch im badischen Lande ergreifen, wenn nur die Bauern einmal sehen, daß die Regierung fest bleibt und sich durchaus keinen Schritt mehr zurückdrängen läßt.

Ich glaube, wir sind dem Zentrum zu Dank verpflichtet, daß es diese Anträge eingebracht und so, wie gesehen, begründet hat. Das ganze Land hat jetzt die Antwort auf die Frage: Was für eine Schulpolitik ist zu erwarten, wenn der Liberalismus dieselbe maßgebend beeinflusst, und was für eine Schulpolitik ist zu erwarten, wenn die Zentrumsparterie maßgebenden Einfluß darauf gewinnen sollte? Der Entscheidung darüber, welcher der beiden Alternativen das badische Volk den Vorzug geben will, können wir sehr ruhig entgegensehen. (Zuruf aus dem Zentrum: Wir auch!) Denn ein Volk, das in seiner

großen Mehrheit sich auf den Standpunkt stellen würde — übrigens entgegen den Erfahrungen, die man sonst in der ganzen Welt macht —, selbst mit Hand an die Wurzeln zu legen, mit Hilfe deren allein die Säfte für das Gedeihen des Volksganzen, als Lebensbaum betrachtet, herausgezogen werden können, ein solches Volk würde nichts mehr und nichts weniger als einen glatten Selbstmordversuch machen; und daß das badische Volk dafür reif ist, einen derartigen Versuch zu machen, dafür fehlt uns jeglicher Anhaltspunkt. Wir glauben daher, daß die Zentrumsparterie und mit diesem Antrag einen ausgezeichneten Dienst erwiesen hat, und daß sie erleben wird, daß sie auf dem Lande in steigendem Maße bei Verfolgung dieser Bestrebungen auf Zurückdrängung des Niveaus unserer Volksschule von ihren bisherigen Angehörigen im Stiche gelassen wird. Und wenn wir das erleben, werden wir unsere Freude haben (Abg. Kopf: Wenn! Abg. Schüler: Verlieren Sie nur die Geduld nicht!), und werden nicht verfehlen, unsere Konsequenzen daraus zu ziehen (Abg. Kopf: Halten Sie Ihre Rede einmal auf dem Schwarzwald!). Ich bin jeden Tag bereit, mich mit den Leuten da droben ruhig über diese Dinge auseinanderzusetzen können. Ich bin fest überzeugt, daß der größte Teil der Gemeinden sich auf unseren Standpunkt stellen würde, wenn sie unseren Standpunkt erst einmal kennen gelernt hätten. Sie sagen, wir verhöhn die Leute, die hinter den Petitionen stehen. Was tun denn Sie? Sie inkarnieren der Bevölkerung, daß sie selbst der Ansicht sein soll, daß ihre Kinder nicht wenig genug lernen können. Wir sind uns nicht bewußt, daß wir die Bevölkerung angegriffen oder verhöhnt haben, sondern wir sind überzeugt, daß die Bevölkerung es als einen Schlag ins Gesicht empfinden wird, daß man von ihr voraussetzt, daß sie einem derartigen Bestreben jemals ihre Zustimmung gegeben hätte oder künftig etwa geben könne (Beifall).

Oberschulratsdirektor Geh. Rat Dr. v. Sallwürst: Ich hatte geglaubt, mich beschränken zu können auf einige Worte bezüglich desjenigen Punktes der praktischen Pädagogik, um den der Antrag der Herren Abgeordneten sträuter und Genossen sich bewegt, aber wir sind ja nun von verschiedenen Seiten wieder zu unserem Unterrichtsplan zurückgeführt worden. Da ist uns nahegelegt worden, wie außerordentlich ungeschickt wir das Alles angefangen haben. Ein der Herren Vorredner glaubte, wir hätten die Sache einmal probieren sollen, wir hätten den Plan machen und ihn dann an einzelne Schulen hinausgeben und sehen lassen, ob diese damit zurecht kommen. Dieser Vorschlag würde ja jedenfalls einen gewissen Vorteil gehabt haben, wir werden es nach meiner Auffassung u. nach meiner Erfahrung erreicht haben, daß wir dieses Haus mit dieser peinlichen Erörterungen hätten verlassen können, das es wäre zu gar nichts gekommen, wir wären beim Alten geblieben. Aber ich weiß auch nicht, wie man sich derart denken will. Unsere Volksschuleinrichtung steht auf der festesten Grundlage, und hätte man da der Oberschulrat herausstreuen können in das Land, um diesem oder jenem Lehrer zu sagen, wir wollen nun einmal Gesetz sein lassen und wollen es auf andere Weise probieren, wir brauchen allerdings ein paar Stunden mehr, vielleicht auch einige Lokale und einige Lehrer mehr, aber das wird gar keine Schwierigkeiten haben? Ich glaube, wir hätten die Befugnis dazu nicht finden können, infolgedessen haben wir es anders angefangen, so wie es angefangen werden muß, wenn die Sache gesetzlich werden soll. Ich finde überhaupt, daß man so wichtige Kriterien nicht auf einer so schmalen Basis behandeln

wir das da und dort geschehen ist. Es sind uns da einzelne Äußerungen von Lehrern mitgeteilt worden, die in irgend einer Weise sich bedrückt oder belästigt gefühlt haben, und der Eindruck sollte ja doch wohl der sein, daß man uns da etwas sage, was wir mit unseren eigenen Ohren und mit unseren eigenen Organen, die in das Land hinausgreifen, nicht wahrgenommen hätten. Aber so arm an Erfahrungen sind wir doch eigentlich auch nicht, wie Manche glauben. Wir erfahren besonders von den schwachen Lehrern, die wir auch hätten fragen sollen, mehr, als diesen nur recht ist (Lachen). Die vielen Berichte unserer Kreisräte, die Beschwerden der Ortsschulbeholden, die Äußerungen der Bezirksämter, die Nachrichten, die unsere eigenen Kollegialmitglieder aus dem Lande mitbringen, geben uns doch sehr viel Belehrung, die wir eben so dankbar aufnehmen wie die Anregungen, die hier in diesem Hause gegeben werden, so daß wir doch eigentlich bei unseren Berechnungen so blind nicht in die Welt hinausgehen können, wie das angeblich mit diesem Unterrichtsplan geschehen sein soll. Wir lesen auch die politischen Zeitungen, die sich mit den Schuldingen viel mehr abgeben, als der Schule gut ist; ich selbst lese jede Woche unsere drei Schulzeitungen, und ich glaube doch dadurch eine so ausgedehnte Erfahrung erwerben zu können, daß ich auch einigermaßen darüber urteilen kann, was im Lande vorgeht, und was da notwendig ist. Ich gelernt habe dabei auch in keinerlei Aufregung, wie gerade unsere Schulpresse sie zu veranlassen scheint. Wenn man die Basis seiner Erfahrung sehr breit macht, wenn man die Statistik auf einen sehr breiten Raum stellt, dann erhält man für sein Urteil die notwendigen Grundlagen, die dieselbe objektiv erhalten, und so lerne ich auch aus anderen Schulzeitungen Manches, wenn ich auch mit dem Urteil, das da an gewisse tatsächliche Dinge geknüpft wird, über welche die Zeitung berichtet, vielleicht gar nicht einverstanden bin. Ich kann mich nicht einmal über die „Neue Badische Schulzeitung“ so aufregen (Lachen), denn ich will mich aus allen diesen Quellen zunächst unterrichten. Ich kann zwar nicht sagen, daß es mir leicht würde, die Artikel, in denen die „Neue Badische Schulzeitung“ über den Oberschulrat redet, immer unter dem Kapitel der Schmeichelei unterzubringen (Weiterkeit); aber ich möchte auch nicht, daß unsere Lehrer, die ja diese Artikel doch schreiben, die Schmeichelei gegenüber den Behörden sich zu einem besonderen Grundsatze machten. (Sehr richtig!) Im Gegenteil, ich schließe aus ihrem Tone, daß sie ihre Vorgesetzten für sehr tolerante Menschen halten (große Weiterkeit), und das ist doch eigentlich eine sehr günstige Meinung. (Weiterkeit.)

So also, glaube ich, konnten wir nicht vorgehen. Wir haben Erfahrungen genug gehabt, die uns zu der Ansicht geführt haben, daß die Dinge anders gemacht werden müssen, unserer Volksbildung höhere Ziele gesetzt werden müssen; und das haben wir nach der Beschränkung unserer Einsicht, die ja nun konstatiert zu sein scheint (Weiterkeit), einigermaßen zu tun gewußt. Nun habe ich freilich einen, wenn ich so sagen darf, ästhetischen Zehner gemacht, indem ich die Herren aufgefordert habe, einen Farnenstall zu denken, und ich gestehe, das war nicht von mir. (Sehr richtig! im Zentrum.) Aber richtig war es von dem Herrn, der mir den Vorwurf gemacht hat, eigentlich auch nicht, daß er mir hier einen Gedanken unterschoben hat, den ich gar nicht gehabt habe. Ich habe nie sagen wollen, daß unsere Gemeinden ihr Recht ihren Kindern vorziehen; mein Gedanke, den ich deutlich dargelegt zu haben glaube, war der: Die Kombination von mehreren Klassen, über welche die Lehrer klagen, die Ueberstunden, über welche die Gemeinden klagen, sind keine Dinge, die wir aus einer besondern Liebhaberei

der Schule haben aufdrängen wollen; aber wir konnten bei dem Vielen, was zu gleicher Zeit geschehen mußte, eben nicht anders vorgehen. Gätten wir die Lokale und die Lehrer, die weiter erforderlich waren, alle zur Verfügung gehabt, so wäre das viel einfacher gegangen, und alle diese Bemühungen wären vielfach nicht eingetreten. So aber waren wir genötigt, manchmal Nachsicht zu üben; zum Beispiel: Wenn eine Gemeinde einen Farnenstall gebaut und das Bezirksamt uns nahe gelegt hat, daß die Gemeinde sich in einer üblen Lage befinde und an einen Schulhausbau gegenwärtig nicht denken könne, so haben wir ein Einsehen gehabt und den sonst erforderlichen Unterlehrer noch nicht hingeschickt, weil die Gemeinde kein Lokal gehabt hätte, in dem er hätte unterrichten sollen, und wir haben uns mit Kombinationen oder Ueberstunden beholfen. Das war mein Gedanke, und etwas weiteres wollte ich gar nicht sagen.

Nun wurde uns von anderer Seite gesagt: Ihr mögt im Oberschulrat nun tun, was Ihr wollt, Ihr mögt mehr Seminarien schaffen, mehr Lehrer in denselben unterrichten, bessere Lehrpläne aufstellen, die Lehrziele erweitern — Ihr werdet doch keine Besserung zustande bringen, denn die Qualität der Seminarzöglinge ist erheblich schlechter geworden. Hier muß ich nun mit aller Entschiedenheit sagen, daß zu unserer großen Befriedigung alle Berichte, die wir in bezug auf diesen Punkt erhalten haben, sich dahin aussprechen, daß die Qualität und die Leistungsfähigkeit der jungen Leute, die wir in den Seminarien haben, durchaus nicht nachgelassen hat. Ich habe schon erwähnt, daß wir an einem von unseren Seminarien uns in der Lage befunden haben, bei der Aufnahme einen doppelten Kurs einzurichten. Das geschah aus dem Grunde, weil, wie mein Kollege Nebmann, der die Aufnahmeprüfung dort geleitet hat, berichten durfte, so viele gut qualifizierte, mehr oder weniger gleich geartete junge Leute zu der Prüfung sich eingefunden hatten, daß man ohne diesen Einfluß eine sehr große Anzahl von gut befähigten jungen Menschen hätte zurückweisen müssen. In dieser Beziehung stehen wir also gegenwärtig so, daß wir die Hoffnung haben können, daß dasjenige, was der Unterrichtsplan verlangt, auch gut durchgeführt werde. Dagegen haben wir das Verbrechen begangen, daß wir die Seminaristen ein ganzes Jahr zu früh haben aus dem Seminar herausgehen lassen. Ich möchte nur wissen, wo das geschehen sein soll! Wir haben in 2 Seminarien, in denen die Abgangsprüfung im Anfang Februar beginnt, ein Anzahl von gut qualifizierten Leuten an Weihnachten herausgenommen; sie hätten sonst den Januar über noch im Seminar zubringen müssen, wo man repetiert und dies und jenes noch für die Prüfung vornimmt, was für diese Leute durchaus überflüssig war. Wir haben aber in diesem Winter eine so außerordentlich große Menge von Erkrankungen gehabt, wir haben so viele Notjahre von den Gemeinden nach Hilfslehrern bekommen, daß wir da eingreifen mußten, wenn wir irgendwie konnten; und wir konnten es ganz gut. Diese Leute sind herausgekommen und nach Neujahr in den Dienst gestellt worden, und nachdem ihr Dienst als Hilfslehrer beendet war, sind sie uns wieder zur Verfügung gestanden, so daß sie uns an Ostern gerade wieder so verfügbar geworden sind, wie wenn sie den ganzen Kurs regelmäßig durchgemacht hätten. In einem anderen Seminar ist ferner durch meinen verstorbenen Herrn Kollegen Weygoldt von vornherein die Einrichtung getroffen worden, daß ein Kursus, der aus lauter Zöglingen bestand, die das Freiwilligenexamen gemacht hatten, früher entlassen werden sollte, aber nicht um ein Jahr sondern nur um 3 oder 4 Monate früher. Das wollte ich nun nicht ändern. Wir haben nur, weil noch ein anderes Seminar in ähnlicher Lage war, auch an die-

sem eine frühere Entlassung vorgenommen. Aber wir haben diesen Plan des verstorbenen Kollegen in der Weise geändert, daß wir da nicht den ganzen Kursus sondern eben nur die Besten aus demselben weggenommen haben. Man hat uns mehrfach aufgefordert, wenn wir Lehrermangel hätten, sollten wir unter Umständen außerordentliche Maßregeln ergreifen. Diese Maßregeln verdienen allerdings das Attribut der Außerordentlichkeit kaum, aber ich denke, sie sind erlaubt, u. wir haben sie ergriffen, weil das gegenwärtig das Allerbeste war, um den augenblicklichen, vielleicht auch zufälligen und verschwindenden Mißständen zu begegnen. Ich kann also durchaus nicht sagen, daß unsere Lehrerbildung zurückgegangen sei. Im Gegenteil, wir glauben, jetzt, nach dem neuen Lehrplan der Seminarien, eine durchaus leistungsfähige Lehrerschaft heranbilden zu können.

Nun sind noch einige Dinge vorgebracht worden, auf die ich im Einzelnen eingehen will, und zwar in aller Kürze.

Es ist nirgends gesagt worden, daß L a h r und V i l l i n g e n durchaus beschränkt bleiben sollen auf die drei unteren Kurse des Seminars. Es ist in der Budgetbemerkung schon gesagt, daß die weitere Entwicklung vorbehalten sei. Wir werden uns natürlich nach den Bedürfnissen richten. Infolgedessen sind die Jöglinge, die wir aus den Mittelschulen bekommen haben, durchaus nicht in der Lage, für ihre Zukunft besorgt sein zu müssen; wir werden sie leicht zu dem letzten Ziel führen können. Und wenn die gegenwärtigen Maßregeln nicht genügen, nun, das Jahr hat 365 Tage, und der Oberschulrat wird vielleicht die Einsicht doch haben, zu finden, was dann zu tun ist, wenn in dieser Beziehung irgend eine Verlegenheit sich einstellte.

In bezug auf die L o k a t i o n habe ich schon das Notwendige gesagt. Wir halten keine große Stücke darauf, und für die Volksschule haben wir überall da, wo die Ortschulbehörden die Abschaffung derselben in den Zeugnissen gewünscht haben, das genehmigt. Das ist aber ohne unsere Einwirkung geschehen. Wir wollen, da das in der Hand der Ortschulbehörden liegt, gar keine besondere Einwirkung ausüben, deshalb, weil wir sie für überflüssig halten. In einer größeren Stadt unseres Landes allerdings besteht gegenwärtig eine Unstimmigkeit zwischen den städtischen Körperschaften in bezug auf diese Frage. Wir wollen abwarten, ob dort nach einiger Zeit Harmonie der Ansichten eintreten wird.

Dann ist gefragt worden, ob wir denn auch etwas tun für den T i e r s c h u z. Sehr viel tun wir dafür, vielleicht auch ein klein wenig zuviel, nämlich sehr viel Papierenes, aber auch etwas, was ich gerne hier noch vorführe, um den viel angefeindeten Unterrichtsplan doch vielleicht zu Ehren zu bringen. Gerade auf einem Gebiet, wo er stark angegriffen worden ist, nämlich beim naturhistorischen Unterricht, bestimmt er in § 146: „Der naturgeschichtliche Unterricht hat aber auch eine hohe ethische Aufgabe, insofern er Mitleid und Erbarmen für die Tiere und selbst für die Pflanzenwelt erwecken soll. Wenn Schüler prächtige Feldblumen nutzlos ausreißen, den Bäumen zertreten und Brutnester der Singvögel zerstören können, hat der naturgeschichtliche Unterricht den edelsten seiner Zwecke nicht erfüllt.“ Das dürfte vielleicht diejenigen, die unseren Lehrplan gerade an dieser Stelle angegriffen haben, mit demselben einigermaßen verfühnen.

Dann möchte ich noch auf die M u s i k i n d e n S e m i n a r i e n eingehen, die mir ganz besonders am Herzen liegt, weil ich 20 Jahre hindurch den Unterricht darin inspiziert und ihn in die Form gebracht habe, in der er gegenwärtig erteilt wird. Gerade deshalb, weil ich nach dem alten Spruche des griechischen Dichters Euripides mir das Leben ohne Kunst nicht denken kann und in der Musik

besonders die segensreiche Volkskunst erblicke (Abg. Dr. V i n z: Sehr richtig!), die fast Jedem zugänglich ist, halte ich die musikalische Ausbildung unserer zukünftigen Lehrer für so außerordentlich wichtig. Ich will mich darüber aber nicht näher auslassen, sondern nur noch bemerken, daß ich bei meinen vielen Inspektionen des Seminars musikinunterrichts die Erfahrung gemacht habe, die sonst auch schon berichtet worden ist, daß es zum Glück bei uns ganz unmusikalische Leute fast gar nicht gibt. Ich selbst aber habe während dieser ganzen Zeit mich dafür ausgesprochen, daß Leute, die tatsächlich diesen Mangel an Talent haben, nicht invita Minerva zur Kunst gezwungen werden. Dispensationen sind nicht grundsätzlich ausgeschlossen.

Ein passender Uebergang von hier zur Prügelstrafe scheint mir gegeben zu sein. (Weiterkeit). Ich muß mir freilich gleich bemerken, daß die Prügelstrafe in der Volksschule überhaupt nicht existiert. Das gibt es nicht wohl aber fürperliche Züchtigung und Ueberschreitung derselben. Ich könnte Ihnen, wenn die Zeit mir nicht dauerte, einen langen historischen Exkurs vorführen, aus dem zu ersehen wäre, daß es dem Leben seit alter und ältester Zeit einigermaßen im Blute oder wenn Sie wollen, in der Hand gelegen haben muß körperlich auf den Schüler einzuwirken. Ich könnte zeigen, wie schon bei den Griechen der etwas handfeste Lehrer bekannt war, wie bei den Römern der schlafrüchtige Debulius eine gefürchtete Person war (Weiterkeit wie in gewissen Humanistenanstalten — noch jetzt den englischen public schools — man in dem Hause schullokal an der Wand geschrieben sieht: „Aut disce aut discede; manet sors tertia caedi!“ (Erne er geh' fort, ein Drittes nur gibt es, die Schläge!) Und sagte man den späteren englischen Lords, und man hat es ihnen heute noch in den Schulen, aus denen die Elite, der größte und vornehmste Teil der englischen Aristokratie hervorgeht. Man hat mir in Eton Platz gezeigt, wo die jungen Herren hingelegt werden um ihre Prügel zu bekommen. Aber es ist mir in dem betreffenden Herrn, der mir das gezeigt hat, bemerkt worden, es geschehe jetzt sehr selten, im übrigen aber fasten das die jungen Herren nicht anders als wenn sie einmal beim Sport einen Ruff bekommen. Das Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler werde durch gar nicht getrübt, im Gegenteil, mancher halte in seinem Leben später für eine wertvolle Erinnerung, daß er von seinem Lehrer auch einmal so behandelt worden ist.

Die Sache ist übrigens bei uns gar nicht so schlimm, die Zahl der Disziplinarfälle ist von 1902 bis 1903 von 205 auf 136 zurückgegangen, obgleich die Zahl der Lehrer ja unterdessen sich außerordentlich vermehrt hat. Den größten Anteil an diesem Rückgange haben wohl scheinlich — ganz gewiß kann ich das nicht sagen — eben die Fälle der Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes gehabt.

Ich könnte mich nun vielleicht in idealer Weise aussprechen, daß ich sagte: Derjenige Lehrer, der wenigstens schlägt oder gar nicht schlägt, ist der Beste. Aber ich würde tatsächlich meiner Uebersetzung entgegenreden, wenn ich das ausspräche, denn ich müßte manche sehr tüchtige Lehrer vergessen, die es unter Umständen einmal sich erlauben, einen widerpenitenten Bublen so zu behandeln, wie er behandelt werden soll. Wenn Sie weitergehen, als unser Gesetz unsere Verordnung geht, durch die ja alles dasjenige verboten und unter schwere Ahndung gestellt ist, was man irgendwie vernünftiger Weise tadeln kann, werden Sie dazu kommen, daß ein Richter einen Lehrer nicht mehr für straffrei erklären kann, der das getan hat, was eine vernünftige Pädagogik unter Umständen er

bert. Ein Knabe, der trotz beharrlicher Bekehrung sich nicht ordentlich in der Bank hinsetzt, ein junger Mensch, der nicht erwarten kann, bis die 14 Jahre voll sind bei ihm, sondern dem Lehrer gegenüber schon den selbständigen Burschen spielen will, der muß, wenn es sein muß, mit einer gewissen körperlichen Gewalt in seine Schranken zurückgedrängt werden, und wenn das auch noch verboten werden soll, werden Sie nur die Schwachmächte in der Volksschule unter diejenigen Lehrer rechnen können, mit denen man dann vollständig zufrieden sein kann. Wenn die Kinder Engel und die Lehrer Erzengel wären, sähe die Sache natürlich ganz anders aus, dann brauchte man gar keine Verordnung und gar keine Gesetze mehr. Aber einen solchen Zustand erleben wir Alle nicht mehr.

Ich halte es durchaus nicht für notwendig, daß das Schlagen, das Prügeln, wie etwas emphatisch gesagt worden ist, unter die Lehr- und Erziehungsmittel aufgenommen werde; aber man darf doch den Lehrern die Hände nicht ganz und gar binden. Unsere Lehrer bemühen sich — das muß ich hier zu ihrem Lobe sagen —, von der bösen Angewohnheit des Schlagens, wenn sie sie einmal haben, möglichst loszukommen, aber es kann manchmal ein Ungefahr sie dahin bringen, daß sie einem jungen Menschen, der ihre Geduld bis auf das Allerhöchste gereizt hat, körperlich zu nahe treten. Es kommt dann eine Klage, die Sache wird verhandelt, sie kommt vor das Gericht, und der Lehrer wird sehr bestraft für eine kurze Ueberreizung, die unter anderen Umständen derartige Folgen nicht hätte. Wenn Sie bedenken, daß in unserer Verordnung bereits verboten ist, den Schüler körperlich zu strafen in Fällen, wo gerade der Affekt des Lehrers am leichtesten erregt werden kann, nämlich wenn der Schüler absolut nicht verstehen will, so glaube ich, ist Weiteres gar nicht notwendig.

Es ist davon gesprochen worden, daß ein Lehrer sich einmal den Spaß erlaubt hätte, den Kindern mitzuteilen — auf eine allerdings sehr unpassende Art —, daß, wenn an dem Leibe des Schülers sich auch Striemen zeigten, das durchaus noch kein Indizium für eine Ueberschreitung des Züchtigungsrechts sei. Das ist aber bei uns nicht so. Wer die Verordnung kennt, wird wissen, daß gerade Striemen bei uns schon als ein Zeichen dafür gelten, daß der Lehrer seine Befugnis überschritten hat.

Ich möchte also sehr bitten, daß man hier nicht etwas tut, was auf der einen Seite überflüssig ist und auf der anderen Seite manchen tüchtigen, ordentlichen Lehrer in die Lage bringt, für etwas büßen zu müssen, was man eigentlich im Stillen bei sich sogar billigt, mindestens doch sehr natürlich findet. Das gestehe ich zu, wenn wir im Oberschulrat die kleinen anonymen Briefe bekommen, die dem „Herrn Oberschulrat“ mitteilen, „wie es unser Lehrer treibt“ (so heißt es manchmal), oder die auf

größerem Papier geschriebenen ähnlichen Mitteilungen von „vielen Bürgern“, die sich nicht nennen, oder wenn man in den Zeitungen Artikel über derartiges liest, ist der erste Gedanke: Ja, es wird allerdings nicht weiter gehen, man muß das Schlagen ganz und gar verbieten. Liest man dann aber die Gerichtsverhandlungen über solche Fälle, so kommt man wieder zu der Ansicht, daß doch sehr viele Entschuldigungsgründe für die Lehrer vorliegen, die sich derartiges erlaubt haben, und tritt man in die Schule selber ein und ist man selber praktischer Schulmann gewesen, so kennt man viele Fälle, wo es eine Wohlthat ist, wenn man einen jungen Menschen, dessen Einsicht beherrscht wird von einem widerstrebenden und widerspenstigen Willen, auch mit gewisser Gewalt dazu bringt, daß er einsieht, was zu geschehen hat, und wozu er verpflichtet ist. Ich möchte damit nicht etwa denjenigen das Wort geredet haben, bei denen das Handgelenk, wie man sagt, zu lose sitzt. Aber ich möchte unsere Lehrer bewahrt haben vor einem großen Ungemach, gerade in dem gegenwärtigen Augenblicke, wo es meine Pflicht ist, zu sagen, daß unsere Lehrer im großen und ganzen in den schwierigen Umständen, in denen wir uns gegenwärtig befinden, ihre Pflicht bis zur Aufopferung getan haben. Ich möchte sie davor bewahren, daß, wenn sie sich in vollem Eifer ihrem Amte hingeeben haben, wenn ihr Gemüth ganz bei der Sache ist (nicht bloß der kalte berechnende Verstand, der sich an die Paragraphen erinnert, die im Hintergrunde stehen), ihnen kein unverdienter Schaden erwachse. Sie haben das nicht verdient! (Beifall.)

Hierauf wird abgebrochen.

Der Präsident teilt mit, daß der Antrag der Abgg. Dr. Zehnter u. Gen. dahin berichtigt worden ist, daß es in Ziffer 2 statt „im Einverständnis mit den Gemeinden“ heißen soll „im Einvernehmen mit den Gemeinden“.

Weiter wird mitgeteilt, daß auf das Wort verzichtet haben die Abgg. Leiser, Ries, Brodmann, Gierich, Geppert, Dr. Zehnter, Duffner, Dr. Schofer, Weißhaupt, Jhrig, Neuhaus, Hergt und Morgenthaler unter der Bedingung, daß die Vereinbarung des Seniorenkonvents gehalten wird, wonach in der nächsten Sitzung nur noch die offiziell von den Parteien bestimmten Redner sprechen sollen.

Das Haus ist damit einverstanden, daß für den Abg. Dr. Obkircher (natl.) der Abg. Dr. Blankenhorn in die Kommission für Justiz und Verwaltung eintritt.

Schluß der Sitzung kurz nach halb 1 Uhr nachmittags.

* Karlsruhe, 23. Mai. 78. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 25. Mai 1908, nachmittags 4 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

1. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Groß. Ministeriums des Innern für die Jahre 1908 und 1909, Nachtrag zu Titel XI A § 7 der Ausgabe (Seite 54/55) und zu Anlage 1 desselben Budgets (Seite 196/197) — Drucksache „Zu Nr. 12 II“ — Berichterstatter: Abg. K o p f;

2. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget Groß. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für die Jahre 1908 und 1909, Ausgabe Titel X und Einnahme Titel III (Unterrichtswesen) und zwar

Ausgaben

Ordentlicher Etat: B. Kreis- und Schulinspektoren, D. Lehrerbildungsanstalten, E. Blinden- und Taubstummenanstalten, H. Frauenarbeits- und Haushaltungsschulen, I. Volksschulen, K. Für besondere Unterrichtszwecke;

Außerordentlicher Etat: § 17 (für die Bearbeitung der Statistik des Unterrichtswesens), §§ 20—26 (Lehrerbildungsanstalten), § 27 (zur Weiterführung der provisorischen Kurse für Taubstumme in Heidelberg), § 28 (zu Staatsbeihilfen für bedürftige Gemeinden zu Schulhausbauten),

und sämtliche Einnahmen des Titels III,
sowie über folgende Petitionen

a. des Gemeinderats Gengenbach um Ausbau des in dieser Stadt bestehenden Vorseminars zu einem Volkseminar (Seite 11/16 des Berichts),

b. des Gemeinderats Tauberbischofsheim um Berücksichtigung bei Errichtung eines weiteren Lehrerseminars (mündlich). — Drucksache Nr. 11 c II — Berichterstatter: Abg. Dr. O b f i r c h e r,

und damit in Verbindung

3. Beratung des Berichts der Petitionskommission über die Petitionen

a. einer Anzahl Gemeinden des Landes,

b. einer Anzahl Bürgermeister und Gemeindevertreter von Schwarzwalddörfern um Abänderung einiger Bestimmungen des Elementarunterrichtsgesetzes — Drucksache Nr. 67 — Berichterstatter: Abg. K o h r h u r s t;

sowie des Antrags der Abgg. Dr. Zehner und Genossen dazu (Drucksache Nr. 67 a);

4. Beratung des Berichts der Budgetkommission über den Antrag der Abgg. Burchard und Genossen, die Ueberstunden in der Volksschule betr. — Drucksache Nr. 40 — Drucksache Nr. 40 a — Berichterstatter: Abg. Dr. O b f i r c h e r;

5. Beratung des Antrags der Abgg. Kräuter und Genossen die Schulordnung und die Dienstweisung für Lehrer an Volksschulen betr. — Drucksache Nr. 43 a.

6. Beratung des Antrags der Abgg. Zörgler und Gen., die Verwandlung der konfessionellen Lehrerseminare in simultane betr. — Drucksache Nr. 43 b — (Fortsetzung).